

aktuelle analysen | 75



Hanns
Seidel
Stiftung

Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen

Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam

Claudia Schlembach (Hrsg.)

Claudia Schlembach (Hrsg.)

Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen

Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam

Inhalt

Globale Handelsbeziehungen: Europa in der Offensive	5
Einführung ■ Claudia Schlembach	
Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Japan	10
Geopolitische und geoökonomische Aspekte ■ Hanns W. Maull	
Japan und Europa	22
Zwischen Tradition und Moderne ■ Saskia Hieber	
Der Handelsteil des EU-Mercosur-Abkommens	30
Ein bedingt geeignetes Mittel der Klimapolitik ■ Klaus Georg Binder	
Vietnam setzt mit der EU auf Freihandel	40
Eine Investition in die Zukunft ■ Axel Neubert	
„Die EU fühlt sich dem Gedanken eines freien und fairen Welthandels verpflichtet.“	48
Interview mit Markus Ferber	



Dr. Claudia Schlembach

leitet das Referat Wirtschaft und Finanzen
der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Einführung

Globale Handelsbeziehungen: Europa in der Offensive

Die Androhung von Zöllen, die Zerstörung oder Blockierung internationaler Lieferketten und die Bedrohung freier Handelswege: So präsentiert sich der moderne Welthandel in Zeiten von Globalisierung und digitaler Vernetzung. Der vermeintliche Schutz des eigenen Landes durch Abschottung findet wieder Zuspruch, im Falle der Großmächte USA und China wird Handel als Instrument eines systemischen Wettbewerbs inszeniert.

Die Europäische Union hat in dieser Gemengelage einen proaktiven Kurs eingeschlagen: Sie gestaltet globale Handelsbeziehungen durch vielfältige Abkommen. Für das exportorientierte Deutschland, für Europa insgesamt, ist das nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch bzw. geostrategisch ein wegweisender Zwischenschritt, um Märkte zu sichern und auf diesem Umweg den Multilateralismus zu stabilisieren.

Die Generaldirektion der Europäischen Kommission, die für die Politik aller Mitgliedstaaten im Bereich Handel mit Nicht-EU-Ländern zuständig ist, hält durch strategisch geschickte Präferenzabkommen die Beziehungen zu anderen Ländern aufrecht, baut sogar neue Beziehungen aus. Neben dem CETA-Abkommen mit Kanada wurde im November 2018 das Abkommen mit Japan spruchreif, am 1. Februar 2019 trat es in Kraft. Beim G20-Gipfel im Juni 2019 gab es nach 20 Jahren Verhandlung eine Übereinstimmung, dass das Abkommen zwischen Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay) und der Europäischen Union zur Ratifizierung vorgelegt werden kann. Weitgehend unbemerkt unterschrieben die EU und Vietnam dort ein Freihandelsabkommen.

Die EU setzt auf vielfältige Abkommen in den globalen Handelsbeziehungen.

Nach den intensiven Diskussionen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, hat die Öffentlichkeit die neuesten Abkommen erstaunlich unaufgeregt zur Kenntnis genommen. Ein Grund für diese Zurückhaltung könnte sein, dass Qualitätsstandards, arbeitsrechtliche Grundlagen etc. – zentrale Kritikpunkte bei TTIP – in den neuen Abkommen in sog. Nachhaltigkeitskapiteln berücksichtigt sind und die EU hier ihre Vorstellungen umsetzen konnte. Vor allem dem Klima- und Umweltschutz wurde Raum gegeben, wenngleich dieser Punkt dann doch zu harter Kritik führte. Vor allem der französische Präsident Macron hat ein Zeichen gesetzt: Solange der Regenwald brennt, wird er das Mercosur-Abkommen nicht ratifizieren.

Damit stellt sich die Frage, wieviel politischer Gestaltungsraum der ökonomischen Dimension Handel mittlerweile beigeordnet wird und wieviel solche Abkommen leisten können. Für den amerikanischen Präsidenten Trump ist das offensichtlich keine Frage. Er ist ein mächtiger Antreiber der weiteren Politisierung des Welthandels. Handel ist für ihn ein Vehikel im Kampf um Technologieführerschaft und geostrategische Positionen und wird ungeniert in eine direkte Verbindung mit Sicherheitsaspekten gebracht.

**Welthandel ist
nichts anderes als
eine globale
Arbeitsteilung.**

Diese Verknüpfung unterschiedlicher Interessen verändert das Gesicht des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung und letztlich ist Welthandel nichts anderes als eine globale Arbeitsteilung. Die großen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo konnten zeigen, dass durch diesen Austausch zumindest in der Theorie alle Beteiligten profitieren. Nun wissen sowohl die Theoretiker als auch der interessierte Bürger, dass weltweiter Handel in der Realität zweifelsfrei nicht nur zu Gewinnern führt. Dass da Raum für politisches Handeln ist, hat sich in Deutschland gezeigt. Die Deutschen, langjährige Exportweltmeister, das Land, in dem jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängt, haben signalisiert: Die Sicherung unserer Produkt- und Dienstleistungsstandards ist wichtiger als die Sicherung handelspolitischer Austauschbeziehungen. Solche in der Essenz protektionistische Positionen fordern immer mehr Länder ein. Hier ist der politische Diskurs gefragt.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Historie und die Fakten nicht aus dem Blick zu verlieren. Zweifelsfrei hat der weltweite Handel einen großen Beitrag zum allgemeinen Wohlstand und zur dramatischen Reduktion der globalen Armut auf seiner Habenseite. Die Weltbank belegt, dass sich der Anteil der Menschen weltweit, die in extremer Armut leben, zwischen 1981 und 2012 von 44,0 % auf 12,7 % reduziert hat. Ende 2015 lag er das erste Mal bei weniger als 10 % (Quelle: World in Data).



Quelle: iStock.com/brianglobal

Deutschland als jahrelanger Exportweltmeister ist ein wichtiger Partner in internationalen Handelsabkommen.

Solche Fakten werden gerne übersehen in einer Welt, in der nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind – ähnlich, wie der friedensfördernde Prozess der Europäischen Union in den allgemeinen Krisen immer gern unterging. 75 Jahre Frieden in Kerneuropa: keine Selbstverständlichkeit. Abbau der globalen Armut in diesem rasanten Tempo: keine Selbstverständlichkeit.

Der große Wurf, die Installation einer wirkmächtigen Welthandelsorganisation (WHO), die in der Nachfolge des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) für eine multilaterale Handelsordnung steht, ist zweifelsohne bisher nicht gelungen. Tatsächlich sind Präferenzabkommen im Grunde keine genuine Stärkung des globalen, des multilateralen Ansatzes. Denn wenn sich bestimmte Partner untereinander bestimmte Präferenzen einräumen, dann ist ein wirklich freier Austausch erst einmal unterbrochen. Jedes Präferenzabkommen ist damit streng genommen ein Eingriff in den Freihandel. In der neuen Handelswelt, die offensichtlich vom Recht des

Stärkeren bestimmt wird, lassen sich durch solche Abkommen aber Zugänge zu Märkten absichern und auf ein regelbasiertes Fundament stellen. Dort, wo die Werte der Partner sehr ähnlich sind – wie etwa zwischen Japan und der EU –, werden durch solche Abkommen nicht nur politische Zeichen gesetzt, sondern gleichzeitig auch Wege zu einer weiteren Annäherung herbeigeführt. Saskia Hieber zeigt in ihrem Bericht diese Dynamik der Beziehung zwischen Japan und der EU auf.

Es war immer eine aufklärerische Grundannahme handelspolitischen Austausches: Dort, wo Länder miteinander Geschäfte machen, gibt es keine Kriege. Die Idee war, dass es durch Austausch zu einer Annäherung der politischen Systeme kommt, und in der Quintessenz herrschte die Hoffnung, dass die liberale Welt sich durchsetzen würde mit ihren demokratischen, rechtsstaatlichen Positionen, weil sie wirtschaftlich erfolgreich und damit besonders attraktiv sei. Nun belehrt uns die Volksrepublik China gerade eines Besseren: Mit einer partiellen Marktwirtschaft, die gleichwohl der politischen Steuerung unterstellt bleibt, lassen sich bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge erzielen. China zeigt: Ein Wandel durch Handel ist nicht selbstverständlich.

Die EU sucht Handelsabkommen mit vielfältigen Partnern.

Das hat zweifelsfrei Auswirkungen auf die Stabilisierung und den weiteren Ausbau der regelbasierten Weltordnung. Den weiteren Ausbau der WTO voranzutreiben, wäre ein Schritt, der alle Akteure fordern würde. Hier zeigt sich wenig Bewegung. Die Entscheidung der EU, nun globale Handelsbeziehungen unterhalb der Großmachtrivalität zu gestalten, ist ein interessanter Ansatz. Es ist auch ein Spielfeld, um zu prüfen, wieweit ökonomische Positionen und politische Ansprüche in Einklang gebracht werden können oder sollten.

Diplomatie an dieser Stelle kann auch bedeuten, dass man sich nicht in eine Politik der Ultimaten begibt, nicht mit „wenn, dann“ argumentiert. Sondern den Kontakt sucht zu tatsächlichen und potenziellen Partnern, sich austauscht und dann gemeinsam an den kritischen Stellen arbeitet.

Hanns W. Maull macht in seiner Analyse: „Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Japan – geopolitische und geoökonomische Aspekte“ sehr deutlich, dass das Abkommen zwischen EU und Japan weniger aus ökonomischen Gründen heraus punktet, sondern durch die eher impliziten Effekte auf die Prozesse der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik. Die künftige Ausgestaltung der internationalen Ordnung ist im Fluss und handelspolitische Maßnahmen spielen dabei eine bedeutende Rolle. Das Abkommen ist für beide Beteiligten eine Chance, sich gegenüber den USA und China als eigenständige Akteure zu behaupten.

Geopolitische Bedeutung hat auch das Assoziierungsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern. Klaus Georg Binder verweist aber auch auf die Grenzen eines solchen Abkommens, gerade wenn es um klimapolitische Forderungen gibt und skizziert Alternativen.

Das Abkommen mit Vietnam zeigt sehr schön, dass ökonomische Interessen für die EU nicht alleiniger Taktgeber sind. Während der Partner Vietnam ökonomisch deutlich profitiert, bedingt das Nachhaltigkeitskapitel, dass solche Verträge unter bestimmten Konstellationen tatsächlich einen Beitrag zu fairem Handel führen können. Und, wie Axel Neubert ausführt, auch einen Beitrag zu einer mehr sozial und ökologisch ausgerichteten Welt leisten können.

Markus Ferber, der neue Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, beantwortet abschließend Fragen zum aktuellen Stand und den Perspektiven europäischer Handelspolitik.

Im Fazit zeigen die Beiträge unserer Experten, wie differenziert die Wirkungen und Möglichkeiten von Handelsabkommen sind. Europa nutzt seine Möglichkeiten, die globalen Handelsbeziehungen mitzugestalten. Durch die intensive Verflechtung auf ganz vielen Ebenen der globalen Wirtschaftsbeziehungen (sehr deutlich etwa die internationalen Wertschöpfungsketten) ist kein Partner völlig unabhängig und Europa kann neben seinen diplomatischen Fähigkeiten auch ganz konkret auf Drohungen bzw. auf tatsächlich umgesetzte Drohungen reagieren. Mit kluger Diplomatie kann die Handelskommission den Bürgern Europas deutlich machen, dass es wichtig ist, mit einer Stimme zu sprechen und als gemeinsames Projekt aufzutreten.

Für die EU sind auch ökologische Interessen wichtig.

///



Prof. Dr. Hanns W. Maul

unterrichtet als Adjunct Professor of International Relations and Strategic Studies am Bologna Center der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies (SAIS Europe). Er ist Senior Distinguished Fellow an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Senior Policy Fellow am Mercator Institut für Chinastudien (MERICS), ebenfalls in Berlin.

/// Geopolitische und geoökonomische Aspekte

Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Japan

Das EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EUJEPa eröffnet nicht nur den beiden Seiten neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und damit neue Wachstumschancen für ihre Unternehmen. Möglicherweise noch bedeutsamer sind seine indirekten Effekte auf Geopolitik und Geoökonomie im Tauziehen um die Ausgestaltung der zukünftigen internationalen Ordnung.

Das Europäisch-japanische Freihandelsabkommen (offiziell: EU-Japan Wirtschaftspartnerschaftsabkommen bzw. Economic Partnership Agreement, EUJEPa), das von 2013 bis 2017 verhandelt wurde und am 1. Februar 2019 in Kraft trat, regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Japan und öffnet damit einen Raum für engere Zusammenarbeit, in dem rund 30 % der Weltwirtschaftsleistung erarbeitet werden. Damit begründet das Abkommen eine Freihandelszone, die noch größer als das Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (bis 2018: North American Free Trade Agreement NAFTA, seit 2018: USA-Canada-Mexico Trade Agreement) ist. Es eröffnet den beteiligten Volkswirtschaften dadurch zusätzliche wirtschaftliche Wachstumschancen und -impulse, die allerdings – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bereits ohnehin hohen Wirtschaftsverflechtungen – in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden sollten: Jüngere Studien sehen für die EU als Folge des Abkommens zusätzliche jährliche Wachstumsgewinne in Höhe von 0,02 % bis 0,14 % des EU-Bruttosozialproduktes.¹

Das EUJEPa regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Japan.

Allerdings sind die unmittelbaren wirtschaftlichen Effekte für die beiden Beteiligten keineswegs die einzigen und möglicherweise noch nicht einmal wichtigsten Motive beider Seiten für dieses Abkommen. Es ordnet sich vielmehr ein in einen größeren geopolitischen und geowirtschaftlichen Zusammenhang, der sich in den letzten zehn Jahren stark verändert hat. Mit „Geopolitik“ sind dabei Außenpolitikprozesse gemeint, die auf die Machtrelationen abzielen, die der Weltpolitik und der internationalen Ordnung zugrunde liegen. Bei „Geoökonomie“ geht es um Außenwirtschaftspolitiken, die diese Machtrelationen bzw. die auf ihnen beruhende Weltordnung zu beeinflussen suchen.

Die positiven Wirtschaftsbeziehungen ließen ein bilaterales Freihandelsabkommen zunächst nicht als dringlich erscheinen.

Geopolitische Anstöße und Motive hinter dem EUJEPa

Weder für die EU noch für Japan war ein bilaterales Freihandelsabkommen per se besonders dringlich: Die Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich ohnedies durchaus positiv für beide Seiten, und die in den 1980er-Jahren so virulenten Konflikte im Gefolge der großen japanischen Handelsüberschüsse hatten sich beruhigt. Zwar erzielt Japan noch immer Überschüsse im bilateralen Warenhandel, doch werden diese inzwischen mehr als ausgeglichen durch europäische Überschüsse beim Handel mit Dienstleistungen.² Zudem mussten bei Verhandlungen beide Seiten außenwirtschaftspolitische Kröten schlucken: Die Industrieproduzenten der Europäischen Union profitierten bislang in etlichen Bereichen (wie beispielsweise der Automobil- und Chemieindustrie) von signifikanten Zöllen auf japanischen Produkten und damit von einem Preisvorteil gegenüber den Wettbewerbern aus Ostasien, während bei Japan unvermeidlich die traditionell hohen Schutzzölle zugunsten der japanischen Landwirtschaft (und damit einer wichtigen Wählerschaft der – traditionellen und derzeitigen – Regierungspartei LDP) ins Visier der europäischen Unterhändler geraten würden.

Die Anstöße, die 2013 zu den Verhandlungen und dann 2017 zum erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen führten, kamen daher letztlich aus anderen Richtungen. Zwei strukturelle Verschiebungen in der internationalen Ordnung waren dabei besonders gewichtig:

- der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die damit einhergehende Verlagerung des Schwerpunktes der amerikanischen Außenpolitik nach Ostasien sowie
- die mageren Fortschritte in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO, die bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen Auftrieb verliehen.

Der Aufstieg Chinas

Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht verdankte sich dem raschen Wirtschaftswachstum der Volksrepublik: In den vier Dekaden seit Beginn der Öffnungspolitik 1978 wuchs die Volkswirtschaft inflationsbereinigt (berechnet in konstanten US \$ von 2010) von US \$ 293,6 Mrd. auf US \$ 10,8 Bill. Sie war damit statistisch 2018 rund 37-mal so groß wie 1978. Allein der Zuwachs an Wirtschaftsaktivität von 2017 auf 2018 war – mit US \$ 69 Mrd. – nur wenig kleiner als die gesamte Wirtschaftsleistung von Myanmar im selben Jahr (US \$ 80,6, berechnet wiederum in konstanten US \$ von 2010).³

China ist aufgrund seines rasanten Wirtschaftswachstums zur Weltmacht aufgestiegen.

Seit 2010 gab China zudem seine bis dahin kultivierte außenpolitische Zurückhaltung auf, die sich an Vorgaben von Deng Xiaoping orientiert hatte,⁴ und trat nunmehr erkennbar forscher auf. Dabei schälte sich zusehends deutlich das strategische (Zwischen-)Ziel heraus, die USA in Ostasien als regionale Hegemonialmacht abzulösen und damit auch die machtpolitischen Fundamente der Weltordnung global neu aufzubauen.

Die USA reagierten auf den Aufstieg Chinas zunächst mit Bemühungen, die Volksrepublik als „responsible stakeholder“ (etwa: „verantwortungsbewussten Teilhaber“) in die westlich dominierte Weltordnung zu integrieren, die Chinas Wirtschaftsaufstieg ja wesentlich ermöglichte.⁵ Die beiden Obama-Administrationen von 2009 bis 2017 setzten dann auf eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik hin zum asiatisch-pazifischen Raum.

Das Entstehen bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen

Die damalige Außenministerin Hillary Clinton präsentierte die Konturen dieser Umorientierung erstmals in einem Artikel 2010 unter dem Stichwort „pivot“, das später offiziell durch das unauffälliger Konzept eines „rebalancing“ der US-Außen-, Außenwirtschafts- und Verteidigungspolitik zugunsten Ostasiens ersetzt wurde.⁶ Diese strategische Neuorientierung auf den asiatisch-pazifischen Raum zielte im Kern darauf ab, China zugleich einzubinden und zu zähmen. Auch wenn sie einige militärische Komponenten wie etwa den Ausbau der Flottenpräsenz und die bilaterale militärische Zusammenarbeit mit den US-Verbündeten in der Region beinhaltete, war das wichtigste Instrument des „rebalancing“ der Obama-Administration der Beitritt der USA zur Trans-Pacific Partnership (TPP), einem neuen Freihandelsprojekt für das gesamte Pazifikbecken.⁷ TPP entstand aus einer 2005 abgeschlossenen Freihandels- und Kooperationsvereinbarung zwischen Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur als Reaktion auf das Stagnieren der

Mit regionalen Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum versuchten die USA, China einzudämmen.

WTO-Liberalisierungsbemühungen. Ihre eigentliche Bedeutung gewann TPP allerdings durch die Bereitschaft der Obama-Administration, sich einer erweiterten Form dieser Zusammenarbeit anzuschließen.

Im Februar 2016 wurde das Abkommen von zwölf Staaten, darunter neben den USA auch Australien, Kanada, Malaysia, Mexiko, Peru und Vietnam (nicht aber China) unterzeichnet. Nachdem Präsident Trump in einer seiner ersten (und, es lässt sich nicht anders sagen, dümmsten) Amtshandlungen die Unterschrift der USA unter den Vertrag zurückgezogen hatte, wurde TPP von den verbleibenden elf Mitgliedstaaten als „Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership“ im Wesentlichen unverändert neu ausgehandelt und aufgelegt.

Die neuen regionalen Freihandelsabkommen sollen die WTO entlasten.

CPTPP trat nach den erforderlichen Ratifizierungen in sechs Mitgliedstaaten am 30. Dezember 2018 in Kraft.⁸ Es steht – wie auch die EU-Japan-Wirtschaftspartnerschaft – für eine neue Generation von regionalen Freihandelsabkommen, die die offene, regelbasierte Welthandelsordnung abstützen und damit die WTO entlasten sollen. Allerdings gibt es gleichzeitig auch etliche andere, insbesondere von China propagierte Vereinbarungen, die deutlich weniger ambitioniert und regelbasiert sind als EUJEPa oder CPTPP. Ein Beispiel hierfür ist die Regional Comprehensive Economic Partnership RCEP, über die seit 2012 zwischen China, Japan, Südkorea und den ASEAN-Staaten sowie Indien, Australien und Neuseeland – aber ohne die USA – verhandelt wird. RCEP stellt einen geökonomischen Gegenentwurf zu TPP dar, der die Wirtschaftsbeziehungen in Ostasien stärker auf China ausrichten und damit China größeren Einfluss auf die Gestaltung der zukünftigen Welthandelsordnung in seinem Sinne geben würde.

Bei all diesen Partnerschaftsprojekten geht es also im Hintergrund immer auch um geökonomischen Einfluss und die geopolitische Ausgestaltung der zukünftigen Welthandelsordnung. So verdankt sich auch das EUJEPa

- einerseits der wachsenden Sorgen in Japan um die Konsequenzen des Aufstiegs von China für Ostasien und die Verlässlichkeit der amerikanischen Bündniszusagen,
- andererseits der Absicht der Europäer, die offene, regelbasierte internationale Handelsordnung zu schützen und ihrer Einsicht in das wachsende Gewicht Ostasiens in Weltwirtschaft und Weltpolitik. Daraus folgt der Wunsch, in dieser Region stärker präsent zu sein.⁹

Geopolitische und geoökonomische Dimensionen des EUJEPAs

Aus der Perspektive der Geopolitik verfügt die Europäische Union selbst über reale Macht nur dann und dort, wo sie in der Lage ist, die Zugangsbedingungen zu einem der größten Wirtschaftsräume der Welt politisch zu gestalten und dessen Ressourcen für politische Zwecke nach außen gezielt einzusetzen (etwa in Form europäischer Kredite oder Sanktionen). Diese Macht ist allerdings durchaus nicht zu unterschätzen, denn die ihnen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Machtressourcen sind im Falle der EU erheblich. Hinzu kommen theoretisch auch die stärker diversifizierten Machtressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten, die etwa auch über substanzielle militärische Fähigkeiten oder über einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat verfügen. Allerdings werden diese Machtressourcen nur selten effektiv gebündelt und gezielt eingesetzt. Europa ist deshalb generell gegenüber den großen Weltmächten im Hintertreffen.¹⁰

Die EU verfügt über erhebliche wirtschaftliche Machtressourcen.

Japan dagegen verfügt sowohl über erhebliche wirtschaftliche Ressourcen als auch über gewichtige andere Machtgrundlagen, nicht zuletzt auch im militärischen Bereich. Diese sind allerdings in der Regel sehr eng verknüpft mit denen des Bündnispartners und Sicherheitsgaranten Amerika. Dennoch sind beide Seiten auch aus geopolitischen Überlegungen heraus an einem engeren Zusammenwirken interessiert: Für die EU bedeutet dies eine Verstärkung seiner Präsenz in Ostasien und einen gewichtigen Partner vor Ort und somit auch die Chance, auf die Entwicklungen in dieser zunehmend zentralen Region der Weltpolitik etwas besser einwirken zu können.

Umgekehrt bedeutet die Partnerschaft mit der EU für Japan – bei aller Begrenztheit der Macht und der Möglichkeiten Europas in Ostasien – ein zusätzliches Element der Rückversicherung und der Diversifizierung seiner Rückendeckung in der schwierigen Beziehung mit China.¹¹

Es geht also aus der Sicht beider Seiten darum, den Machtverschiebungen in der Weltpolitik zu Ungunsten des Westens und zu Gunsten Chinas durch neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb des Westens und durch die Förderung von Kooperationsstrukturen, die auch ohne die USA funktionieren, abzubremesen. Dass die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Japan dabei keine wirklich „harte“ Macht entfalten kann, ist angesichts der sehr begrenzten sicherheitspolitischen Möglichkeiten Europas in Ostasien offenkundig. Es geht hierbei vielmehr um „weichere“ Formen und Praktiken der internationalen Politik, die jedoch für die Ausübung von Einfluss auf den Gang der Weltpolitik durchaus relevant sind.

Parallel zu EUJEPa wird auch eine strategische Partnerschaft zwischen EU und Japan verhandelt.

Die Tatsache, dass parallel zu EUJEPa auch eine Strategische Partnerschaft EU-Japan verhandelt und vereinbart wurde, verweist explizit auf die geopolitische Funktion auch des EUJEPa.¹² Die Partnerschaft regelt eine umfassende Zusammenarbeit der beiden Seiten mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Ordnung und ihrer liberal-demokratischen Prinzipien und Werte.

Im engeren geoökonomischen Sinne zielt das EUJEPa zunächst darauf ab, die bestehende, regelbasierte und verrechtlichte Welthandelsordnung zu erhalten und zu stützen. EUJEPa ist in dieser Hinsicht allerdings nicht völlig frei von Ambivalenz:

- Zwar handelt es sich bei dem Partnerschaftsabkommen um eine „höchst umfassende“ (highly comprehensive) Vereinbarung, die die bereits zuvor ausgeprägte relative Offenheit und Zugänglichkeit der beiden Wirtschaftsräume füreinander mit Blick auf Handel und Direktinvestitionen weiter voranbringt.¹³ Die Vereinbarungen sind mit dem Regelwerk der WTO kompatibel, gehen aber teilweise deutlich darüber hinaus oder erschließen sogar Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die bislang im Rahmen der WTO noch nicht geregelt werden konnten wie etwa umweltpolitische oder arbeitsrechtliche Regelungen. Im positiven Sinne trägt EUJEPa somit indirekt zur Stärkung des WTO-Regelwerkes bei, baut also auf diesem auf und führt dieses weiter.
- Andererseits bleibt doch der Makel, dass dies innerhalb einer Sondervereinbarung geschieht, die gegenüber Außenstehenden diskriminiert und deshalb in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zur WTO steht. EUJEPa trägt insofern nicht nur zur Stärkung, sondern eben auch zur Auflösung der einheitlichen WTO-Ordnung bei.

EUJEPa und die chinesische Seidenstraßen-Initiative

In einem weiteren Sinne ordnet sich die intensivierete Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der EU und Japan im Rahmen des EUJEPa ein in den Kontext der neuen chinesischen Seidenstraßen-Initiative (Belt and Road Initiative, BRI), die erstmals ebenfalls 2013 vorgestellt wurde. BRI ist eine weitreichend und ambitioniert angelegte Globalstrategie (grand strategy) der jetzigen chinesischen Führung, die primär mit geoökonomischen Instrumenten vorangetrieben werden soll. Ihr Ausgangspunkt ist der enorme Infrastruktur-Investitionsbedarf im gesamten eurasischen Raum und die Überlegung, diese Investitionen dazu zu nutzen, den Großraum wirtschaftlich stärker zu vernetzen und dadurch neue Wachstums- und Entwicklungsimpulse – für China selbst, aber auch für andere – zu generieren.

Diese Globalstrategie lässt sich durchaus mit dem Marshall-Plan der USA in den späten 1940er- und 1950er-Jahren vergleichen, der eine wesentliche Grundlage der amerikanischen Eindämmungspolitik bildete. Im Falle der BRI steht im Hintergrund der Anspruch der chinesischen Führung, China auf seinen ihm historisch zustehenden Platz im Zentrum der Weltordnung zurückzuführen.¹⁴

Die BRI soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit – und damit im Gefolge auch die politische und sicherheitspolitische Ausrichtung – in diesem gesamten Raum im Sinne Chinas und nach seinen ordnungspolitischen Vorstellungen strukturieren, der neben der eurasischen Landmasse auch die im Süden angrenzenden maritimen Räume des Pazifik, des Indik und des Mittelmeers sowie (Ost-)Afrika umfasst und auch darüber hinaus ausgreift, etwa nach Lateinamerika und in die Arktis. Dabei geht es um so konkrete Aspekte wie Wettbewerbsregeln, Industrienormen oder Streitschlichtungsverfahren, aber natürlich auch um (kontrollierenden) politischen Einfluss.

Da beide Stränge der BRI bis Europa reichen, ist auch die EU von dieser „grand strategy“, die China unter dem Stichwort der „Konnektivität“ propagiert, unmittelbar und langfristig betroffen und versucht, darauf Antworten zu finden, die die europäischen Interessen wahren – etwa durch eine eigene „Konnektivitätsstrategie“ der EU.¹⁵ Japan seinerseits verfolgt schon seit Beginn der chinesischen Öffnungspolitik eine geoökonomische Strategie der Einbindung Chinas durch wirtschaftliche Verflechtungen. Schwerpunkt dieser Politik war und ist neben China selbst Südostasien.¹⁶ EUJEPa kann in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die Kooperation zwischen der EU und Japan auch in diesen größeren Zusammenhängen zu entwickeln und somit die Gegengewichte gegen Chinas finanzielle und wirtschaftliche Machtposition zu stärken.

Das Seidenstraßenprojekt soll Chinas wirtschafts- und sicherheitspolitische Ausrichtung strukturieren.

Das Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank

Eine wesentliche geoökonomische Dimension dieses Tauziehens betrifft angesichts des gewaltigen Infrastruktur-Investitionsbedarfs in diesem gesamten Großraum Kredite und Kreditkonditionen. Ein erstes geoökonomisches Schlachtfeld war in diesem Zusammenhang das von China 2013 lancierte Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank, der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). China lud andere Staaten, auch die westlichen Industriestaaten, dazu ein, sich an diesem Projekt als Gründungsmitglieder zu beteiligen.

Die USA lehnten unter Obama das Projekt einer asiatischen Infrastrukturbank ab

Die USA lehnten dies noch unter Präsident Obama ab und versuchten, auch ihre Verbündeten (und andere) davon zu überzeugen, diesem Projekt fernzubleiben. Dies erwies sich als strategischer Fehler: Nur wenige Verbündete (wie Japan) und andere wichtige Staaten (wie Indien) blieben der AIIB (zunächst) fern. Großbritannien und Deutschland dagegen zogen es vor, durch ihre Beteiligung zu versuchen, aus dem Projekt für sich selbst Nutzen zu ziehen und es in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Bislang orientiert sich die AIIB in ihren Vorgehensweisen und Verfahren wie auch bei der Kreditvergabe offenbar weitgehend an den (westlichen) Vorbildern der internationalen Entwicklungsbanken wie der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank.¹⁷ Am Beispiel der AIIB – wie generell im Kontext der BRI – zeigt sich, dass die chinesische Strategie durchaus flexibel und lernfähig angelegt ist und dementsprechend in Einzelaspekten modifiziert werden kann, um auf neue Problemlagen und Entwicklungen zu reagieren, ohne dass Beijing dabei freilich seine langfristigen Zielsetzungen aus den Augen verlieren würde.

Es macht also durchaus Sinn zu versuchen, mit China im Rahmen der BRI zusammenzuwirken, solange dabei die eigenen Interessen gewahrt und den westlichen Vorstellungen einer regelbasierten, verbindlich verrechtlichten und mit robusten Institutionen ausgestatteten internationalen Wirtschafts- und Weltordnung Gewicht verliehen werden kann. Dies setzt freilich eine ebenso klare strategische Langfrist-Orientierung auf diese Prinzipien und Normen voraus, wie das bei China der Fall ist. Dagegen sind Versuche, China geoökonomisch zu isolieren, wie es die USA im Falle der AIIB versuchten, angesichts der Dimensionen der chinesischen Volkswirtschaft und ihrer wirtschaftspolitischen Ressourcen von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

EUJEPÄ – Versuch einer Einordnung

Die entscheidenden geoökonomischen Fragen der nächsten Jahrzehnte betreffen die politische Ausgestaltung der Zukunft der Globalisierung und ihrer weit reichenden Auswirkungen auf unsere nationalstaatlichen Gesellschaften wie auf die internationalen Beziehungen insgesamt. Die Volksrepublik China hat hierfür im Kontext der BRI ihre Vorstellungen umrissen und eine Globalstrategie vorgelegt, die freilich im Einzelnen durchaus angepasst und umgestaltet werden kann, um veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen (eine Flexibilität, die jede erfolgreiche „grand strategy“ auszeichnet). Entsprechend umfassende Gegenentwürfe seitens des Westens (oder anderer Staaten oder Staatengruppierungen) liegen bislang (noch?) nicht vor, allerdings gibt es sehr wohl Elemente hierzu wie etwa das Pariser Klimaabkommen oder die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Das EUJEPÄ hat keine direkten Bezüge zu BRI und insofern auch keine unmittelbare Bedeutung für diese zentrale geoökonomische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Indirekt ist sein Beitrag aber durchaus signifikant, ja vielleicht das gewichtigste Argument für das Abkommen: Mit der Partnerschaft zwischen der EU und Japan gewinnen beide Seite zusätzlichen Rückhalt für ihre Bemühungen, sich im Kontext einer zunehmend bipolaren Welt gegenüber China, aber auch den USA als eigenständige Akteure mit Gestaltungschancen zu behaupten. Werden diese Chancen genutzt, so hätte dies auf lange Sicht womöglich wesentlich gewichtigere positive Rückwirkungen auf die Interessen der EU und Japans als die unmittelbaren, eher bescheidenen Wohlstandsgewinne, die sich direkt auf die Partnerschaft zurückführen lassen.

EUJEPÄ kann dazu beitragen, die Verhandlungspositionen der Partner gegenüber China wie auch den USA zu stärken. Dies gilt vor allem, wenn sie in der Lage sind, gemeinsame oder doch komplementäre Interessen zu identifizieren und ihre Politiken in diesem Sinne zu koordinieren. Anders ausgedrückt: Mit dem Abkommen steigen die Chancen, dass weder China noch die USA Japan und die EU gegeneinander ausspielen können. Ob diese Chancen genutzt werden, ist eine Frage der klugen Politik – in Tokio, in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin.

EUJEPÄ ermöglicht beiden Seiten, sich gegenüber China und den USA zu behaupten.

///

Anmerkungen

- 1 European Parliament, Directorate-General for External Policies of the Union: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, Brüssel, September 2018, S. 29-32, einsehbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603880/EXPO_STU\(2018\)603880_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/603880/EXPO_STU(2018)603880_EN.pdf), Stand: 19.10.2019.
- 2 Ebd., S. 9-12.
- 3 Angaben nach Daten der Weltbank, einsehbar unter: <https://data.worldbank.org/>, Stand: 19.10.2019.
- 4 Die bekannte, 24 Schriftzeichen umfassende Maxime, die Deng Xiaoping zu Beginn der 1990er-Jahre formulierte und danach lange als offizielle strategische Leitorientierung der chinesischen Außenpolitik betrachtet wurde, lautet in grober englischer Übersetzung: „Observe calmly; secure our position; cope with affairs calmly; hide our capacities and bide our time; be good at maintaining a low profile; and never claim leadership.“
- 5 Zoellick, Robert: Whither China? From Membership to Responsibility, Remarks to the National Committee on U.S.-China Relations, New York City, Sept. 21, 2005, einsehbar unter: https://www.ncuscr.org/sites/default/files/migration/Zoellick_remarks_notes06_winter_spring.pdf, Stand: 19.10.2019.
- 6 Clinton, Hillary: America's Pacific Century, in: Foreign Policy, Oct. 22, 2011, einsehbar unter: <https://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/>, Stand: 19.10.2019; Obama, Barack: U.S. President B. Obama's Address to the Australian parliament, Nov. 17, 2011, einsehbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2011/11/17/remarks-president-obama-australian-parliament>, Stand: 19.10.2019.
- 7 Siehe hierzu Campbell, Kurt: The Pivot, The Future of American Statecraft in Asia, New York / Boston 2016.
- 8 Green, Michael J. / Goodman, Matthew P.: After TPP: the Geopolitics of Asia and the Pacific, in: The Washington Quarterly 4/2015, S. 19-34; McBride, James / Chatzky, Andrew: What is the Trans-Pacific Partnership (TPP)? Council on Foreign Relations background, last updated Jan. 4, 2019, einsehbar unter: <https://www.cfr.org/background/what-trans-pacific-partnership-tpp>, Stand: 19.10.2019.
- 9 European Commission: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, Why it Matters, July 2018, einsehbar unter: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/july/tradoc_155725.pdf, Stand: 16.10.2019.
- 10 Generell hierzu Bendiek, Annegret: Europa verteidigen, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Stuttgart 2018.

- 11 Watanabe, Yorizumi: The Japan-EU EPA and Its Potential Contribution to the 21st Century Trade Rules, Presentation, Brookings Seminar on Mega Trade Agreements, Washington DC, Dec. 16, 2013, einsehbar unter: <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2013/12/Presentation-by-Yorizumi-Watanabe.pdf>, Stand: 19.10.2019; Ders.: The EU-Japan Economic Partnership Agreement, in: JDZB Echo 120/2017; zur Außenpolitik Japans allgemein Green, Michael J. / Cooper, Zack (Hrsg.): Postwar Japan, Growth, Security and Uncertainty, Lanham u. a. 2018.
- 12 Strategic Partnership Agreement Between the European Union and Its Member States, of the One Part, and Japan, of the Other Part, July 17, 2018, einsehbar unter: <https://www.mofa.go.jp/files/000381942.pdf>, Stand: 19.10.2019.
- 13 European Parliament 2018 (wie Endnote 1), S. 7.
- 14 V. Hauff, Luba: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU (= Aktuelle Analysen 68, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2018; Ekman, Alice (Hrsg.): China's Belt and Road and the World: Competing Forms of Globalization, Paris 2019, einsehbar unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/ekman_china_belt_road_world_2019.pdf, Stand: 19.10.2019.
- 15 European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy: Connecting Europe and Asia – Building Blocks for an EU Strategy, Brussels, Sept. 19, 2018, einsehbar unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/joint_communication_-_connecting_europe_and_asia_-_building_blocks_for_an_eu_strategy_2018-09-19.pdf, Stand: 19.10.2019.
- 16 Maull, Hanns W.: The Geopolitical and Strategic Implications of Competitive Connectivity: The Case of Japan, Paper contributed to the Workshop Constructing the 21st-Century Silk Road: Southeast Asia in the Race for Connectivity and Geopolitical Interests, Freiburg 2019.
- 17 Perlez, Jane: U.S Opposing China's Answer to World Bank, in: The International New York Times, Oct. 9, 2014, einsehbar unter: <https://www.nytimes.com/2014/10/10/world/asia/chinas-plan-for-regional-development-bank-runs-into-us-opposition.html>, Stand: 19.10.2019.



Dr. Saskia Hieber

arbeitete von 1996 bis 2004 am Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und ist seit 2004 an der Akademie für Politische Bildung beschäftigt. Als Dozentin für Internationale Politik hält sie ebenfalls Lehraufträge an den Universitäten Regensburg und Duisburg-Essen.

/// Zwischen Tradition und Moderne

Japan und Europa

Das sichtbarste Zusammentreffen Japans und Europas war die Einladung zur Thronbesteigung Kaiser Naruhitos am 22. Oktober 2019. Staats- und Regierungschefs, gekrönte Häupter und Abgesandte aus der ganzen Welt waren dieser Einladung gefolgt. Europa und Japan verstehen sich als führende Industrieregionen mit einem stabilen demokratischen Wertesystem. Trotzdem bestehen erhebliche Unterschiede, die auf verschiedenen angelegten Traditionen und Interessen beruhen.

Die Macht der Bilder: Politik und Tradition in den Medien

Japan stand am 22. Oktober 2019 im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Der Hauptzeremonie zur Thronbesteigung Naruhitos als 126. Kaiser folgten per Videoübertragung im Kaiserlichen Palast über 2.000 Gäste. Sie konnten ein streng formalisiertes Ritual betrachten, das europäischem Zeremoniell erst einmal fremd ist.¹ Aus Europa waren der schwedische König Carl Gustaf mit Kronprinzessin Victoria, das spanische, niederländische und belgische Königspaar, Prinz Charles aus England, Prinz Haakon aus Norwegen und das dänische Thronfolgerpaar angereist. Die gesamten Festlichkeiten und Empfänge gingen über mehrere Tage und begannen bereits am 1. Mai 2019 nach der Abdankung Kaiser Akihitos. Königinnen und Prinzessinnen in festlichen Roben und Würdenträger im großen Gesellschaftsanzug mit Orden zogen das internationale Interesse auf sich. Die Modewelt und die bunten Blätter blickten einige Tage intensiv auf Japan.² Ungeachtet der streng formalisierten Rituale zeigte sich das Potenzial der kaiserlichen Familie, zu internationalem Austausch und der Bekanntheit Japans beizutragen.

Die Thronbesteigung Naruhitos als 126. Kaiser Japans erregte weltweites Medieninteresse.

Dieser formelle Abschluss der Thronübergabe in Japan repräsentierte vermutlich den protokollarischen Höhepunkt des Jahrzehntes in Asien. Es gab Japan die Gelegenheit, sich als friedliche Kulturnation zu präsentieren und ganz andere Signale zu senden, als es beispielsweise China mit der großen Militärparade zum 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 2019 erreichte. Die Berichterstattung über die Thronzeremonie des neuen Japanischen Kaisers hat Faszination über jahrhundertealte Riten hervorgerufen. Gleichzeitig stellten sich Fragen nach der dominanten Rolle des Kaiserlichen Hofamtes und der eingeschränkten Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit der kaiserlichen Familie.³ Kaiser Naruhito und Kaiserin Masako haben im westlichen Ausland studiert. Sie werden Möglichkeiten suchen, Japans Außenbeziehungen zu fördern, das Kaisertum weiter zu modernisieren und versuchen, den Hof zu internationalisieren.

**Tradition ist in Japan
staatstragend und
identitätsstiftend.**

Wie viel Modernisierung gelingt, ist fraglich. Tradition ist in Japan staats-tragend und identitätsstiftend. Die Funktionen und Rollen der Frauen am kaiserlichen Hof sind stark reglementiert und eingeschränkt. Während die meisten europäischen Königshäuser die Erbfolge neutral regeln, erwarten Traditionalisten in Japan die Beibehaltung der männlichen Erbfolge. Generell herrschen gesellschaftliche Strukturen und Traditionen, von denen sich jüngere und moderne Frauen eingeschränkt sehen.⁴ Alleinerziehende Frauen sind in Japan beispielsweise eine Seltenheit.⁵ Tradition in Europa hat weniger politische, sondern viele regionale und kulturelle Bezüge. Tradition ist nicht zwingend mit Konservatismus zu verbinden. In Europa scheint Tradition auch trendige, „hippe“ Elemente zu tragen. Tracht ist beliebt. Crossover-Musik verbindet Musikstile aus mehreren Regionen und Jahrhunderten.

Differenzen in der Außen- und Energiepolitik

Die Macht der schönen Bilder darf nicht über politische Herausforderungen hinwegtäuschen. Japan und die EU verbindet zwar eine strategische Partnerschaft, die sich durchaus auf gemeinsame Werte und Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freihandel und Multilateralismus bezieht.⁶ Ebenso ist Japan einer der wichtigsten Partner Europas – und diese Bedeutung wird angesichts der zunehmend robust agierenden Volksrepublik China immer wichtiger, doch die bestehende politische Kooperation muss ausgeweitet werden in Richtung Sicherheitspolitik. Der Klimawandel, die Aufrechterhaltung von Innovations- und Zukunftsfähigkeit sind ebenfalls neue Themen.

Japan ist als einziger asiatischer Partner in der Gruppe der G 7 ein wichtiger Entscheidungsträger. Das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU, das zwei der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt und über 600 Millionen Menschen verbindet, trat am 1. Februar 2019 in Kraft.⁷ Es soll die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vertiefen und die Rolle der EU in Asien stärken. Die 2013 begonnenen 19 Verhandlungsrunden verdeutlichten allerdings auch die hohe Komplexität der europäischen Institutionen und Prozesse. Nach Abschluss der Verhandlungen 2017 mussten der EU-Handelsministerrat, der Kommissionspräsident, der EU-Ratspräsident, der EU-Rat und schließlich das Europäische Parlament zustimmen. Die amerikanische Absage an das eigene TPP, das transpazifische Handelsabkommen und die amerikanische Handels- und Außenpolitik („America First“, „Buy American, hire American“) unter Präsident Trump waren entscheidende Auslöser, dieses Freihandelsabkommen schnellstmöglich einzusetzen.

Japan und die EU erwirtschaften etwa ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Die EU ist weltweit Japans drittgrößter Handelspartner. Japan wird auf 91 % (später 97 %) seiner Importe aus der EU keine Zölle erheben. Dies ist ein starkes Signal gegen Protektionismus, doch es bestehen energie- und außenpolitische Differenzen.

Japan sucht auch neue Allianzen und nähert sich Indien an.⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig: Japan unterstützt in Entwicklungszusammenarbeit und Kulturpolitik traditionell andere asiatische Länder. Die Sorge um Handelsspannungen und ein Abnehmen der globalen Ordnungsmacht der USA zwingt zur Suche nach neuen Verbündeten. Hierbei ist die Entwicklung neuer Märkte für eine exportabhängige Volkswirtschaft essenziell. Sicherheitspolitisch und versorgungstechnisch hat ein Inselstaat wie Japan besondere Interessen, denn einerseits schützt die Insellage, die Entfernung zu Verbündeten schafft aber logistische Herausforderungen.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan soll die Beziehungen vertiefen.

Die zunehmende militärische Stärke und Präsenz Chinas in der Region ist sowohl für Japan als auch für Indien ein Problem, denn sie destabilisiert die regionale Sicherheit wie auch die eigenen Interessen. Japan und Indien führen gemeinsame Marineübungen durch, aber auch mit weiteren Partnern wie den USA und Australien gibt es solche Manöver. Japan und die Volksrepublik China stehen in einem Inseldisput im Ostchinesischen Meer. Beijings schroffe Haltung im Südchinesischen Meer, der Bau künstlicher Inseln und die Verletzung souveräner Rechte weiterer Anrainerstaaten wird weit über Asien hinaus mit Sorge betrachtet.⁹ China schafft durch Pakistan und Myanmar Wirtschaftskorridore und baut die Infrastruktur sowie die Energieversorgung aus, mit dem Ziel, alternative Zugänge zum Indischen Ozean und dem Persischen Golf zu bekommen. Die chinesisch-pakistanische Partnerschaft bedroht Indien direkt.

Die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen ist eine Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Japan verfügt kaum über Energievorkommen und ist in hohem Maße importabhängig, insbesondere beim Energieträger Öl. Fast 100 % des Ölbedarfs müssen importiert werden – hauptsächlich aus dem Mittleren Osten.¹⁰ Eine Aufgabe der eigenen Nuklearenergieindustrie ist nicht abzusehen. Doch die 2016 beschlossene Nuklearkooperation mit Indien sorgt für Kritik.¹¹ Indien ist keine Partei des Nichtverbreitungsvertrages NPT. Aus diesem Grund zögerte Japan, sechs neue Kernkraftwerke in Indien auszustatten. Für Indien ist der Import von High-Tech und der Ausbau der Versorgung mit allen Energieträgern von größtem Interesse.

Japans Sicherheitsinteressen beinhalten eine eigene Nuklearindustrie.

Nach der Fukushima-Katastrophe 2011 schien in Japan der Weg zu einer Entnuklearisierung und einer anderen Energiepolitik möglich. Die Erinnerung an die entsetzlichen Folgen einer nuklearen Verseuchung sind präsent. Tatsächlich gelang es, die Energieversorgung mit anderen Energieträgern vorübergehend aufrechtzuerhalten. So entstanden in Japan und auch international Hoffnungen, dass der Inselstaat seine Nuklearenergie zumindest reduziert. Doch 2014 wurde die Atomkraft wieder Teil der japanischen Energiepolitik – nach wie vor ohne das Entsorgungsproblem des radioaktiven Abfalls behandelt zu haben.¹² Diskussionen um eine Emissionskontrolle und den Klimawandel schaffen für die Nuklearkraft vorgeblich eine neue Legitimation.

Deutschlands Energiewende und die angekündigte Abschaltung von Atomkraftwerken schienen eine vorbildliche Alternative aufzuzeigen. Doch Japans Sicherheitsinteressen beinhalten eine eigenständige Nuklearindustrie. Viele Länder Europas dagegen haben den Vorteil, von friedlichen Nachbarn umgeben zu sein, und Versorgungssicherheit durch überregionale Verbundsysteme wie dem europäischen Stromnetz herstellen zu können. Reserven

sind Nachbarn zugänglich, so kann Öl und Gas durch ganz Europa gepumpt werden. EU-Mitglieder profitieren vom Ausbau der Strategie für ein Trans-europäisches Energienetzwerkes (TEN-E), die die Energieinfrastruktur enger verbinden soll.¹³

Die Anbindung isolierter Regionen an das europäische Energienetz, intelligente Stromnetze (Smart-Grids) und erneuerbare Energien sind Themen mit hoher Priorität in der europäischen Energiepolitik. Ein kleiner Kontinent wie Europa, mit vielfältigen Strukturen und kleinteiligen Machtsystemen, kann seine Energieversorgung nur in überregionaler Zusammenarbeit sichern. Hier werden auch unterschiedliche Interessen und Politikansätze innerhalb Europas deutlich.

Die deutsche Regierung war und ist weitgehend der Meinung, dass die neue Nord Stream 2 Gaspipeline von Russland nach Deutschland auch der gesamt-europäischen Energiesicherheit dient.¹⁴ Schließlich sind die norwegische und britische Produktion rückläufig, die Ausbeutung der schrumpfenden Vorkommen in der Nordsee wird technisch schwieriger, kostenintensiver und ökologisch umstrittener. Das Gas wird größtenteils an die europäische Energiedrehscheibe Niederlande weitergeleitet. Frankreich und Polen teilen diese Auffassung nicht. Frankreich dagegen besteht auf seiner unabhängigen militärischen und zivilen Nuklearpolitik und gehört zu den Unterstützern des indischen Nuklearprogramms – auch gegen die Interessen europäischer Partner oder gegen die Ansätze einer gemeinsamen Europäischen Außenpolitik.¹⁵

Japan ist durch seine Insellage von einem überregionalen Versorgungsnetz abgeschnitten. Selbst wenn die Beziehungen zu China besser wären und Chancen existierten, auch durch die koreanische Halbinsel Pipelines zu legen, ist die Region Ostasien von einem Energieverbund zur gemeinsamen Versorgungssicherung weit entfernt. Energiepolitik dient hier nur nationalen Interessen. Die beste Chance hätte noch eine Gaspipeline aus Russland über Sakhalin nach Nordjapan.¹⁶ Leitungsgas ist billiger (30-40 %) als Flüssiggas (LNG), da es nicht prozessiert werden muss. Japan ist noch – vor China – der größte Flüssiggasimporteure der Welt und nutzt die Nähe der Produzenten insbesondere in Südostasien.¹⁷ Es bezieht aber auch LNG aus der Region des Persischen Golfes und ist daher von der Freiheit und Offenhaltung vieler Seeverkehrswege, der Straße von Hormuz, der Malakka-Straße und im Südchinesischen Meer abhängig. Eine strategische Verbindung zu Indien, gemeinsame Marinemanöver mit alten und neuen Partnern, insbesondere im Indischen Ozean und im Pazifik – und letztlich eine tiefere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Europa, – sind also auch im strategischen Interesse Japans.

Europäische Energiepolitik braucht überregionale Zusammenarbeit.

**Japan hat eine
pazifistisch ausgerichtete
Verfassung.****Verteidigungspolitik und Sicherheitsinteressen**

Sicherheits- und verteidigungspolitisch wirken beide zumindest zurückhaltend. Europa muss sich strategische Irrelevanz vorhalten lassen. Japan hat seit dem 2. Weltkrieg eine pazifistisch ausgerichtete Verfassung. Seit 1951 steht Japan zwar unter dem erweiterten Abschreckungsschirm der USA und hat die Garantie, dass jeder Angriff auf Japan mit einem amerikanischen Vergeltungsschlag beantwortet wird. Doch Chinas militärische Modernisierung, das nordkoreanische Raketenprogramm und die Erkenntnis, dass sich die USA nicht mehr notwendigerweise für ihre Verbündeten einsetzen, resultieren in Tendenzen, eine eigene japanische nukleare Abschreckungsfähigkeit entwickeln zu wollen.¹⁸ Diese Ideen treffen in Europa und bei den fünf offiziellen Atommächten auf Kritik. Sie widersprechen auch der japanischen „3-Nein-Politik“, die die Entwicklung, Stationierung und Nutzung von Atomwaffen verbietet.¹⁹

Gemeinsam ist Europa und Japan jeweils die Einbindung in sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Allianzen. Europäische Staaten sind in das überregionale militärische Bündnis NATO eingebunden, während Japan Teil und Verbündeter der amerikanischen Sicherheitsstrategie im Pazifik ist.²⁰ Gemeinsam ist auch die Befürchtung und Beobachtung, dass der Partner USA wirtschafts- und sicherheitspolitisch zunehmend auf sich selbst konzentriert ist, und dass strategische und verteidigungspolitische Aufgaben zur Friedens- und Stabilitätssicherheit in zunehmendem Maße selbst übernommen werden müssen.

///

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Japantimes.co.jp, 22.10.2019.
- ² Vgl. Harper's Bazaar, 22.10.2019.
- ³ <https://www.japantimes.co.jp/news/2019/10/22/national/emperor-enthronement-traditional-styles-adapt-changing-times/#.XciSWP3sbmI>
- ⁴ <https://daily.jstor.org/japanese-women-dont-stay-workforce/>
- ⁵ <https://www.japantimes.co.jp/news/2013/08/03/national/media-national/closet-traditionalists-still-populate-a-supposedly-single-moms-world/#.XciXov3sbmI>
- ⁶ https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/48463/EU-Japan%20relations
- ⁷ <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/freihandelsabkommen-japan.html>
- ⁸ Vgl. Handelsblatt, 28.10.2018.
- ⁹ Vgl. hierzu die Erklärung des Internationalen Schiedshofes in Den Haag 2016 und Chinas Verteidigungsweißbuch 2015.
- ¹⁰ Japan reliant on Middle Eastern Oil, in: nippon.com, 25.6.2019.
- ¹¹ <https://www.pri.org/stories/2016-11-11/controversial-nuclear-deal-signed-japan-and-india>
- ¹² Atommüll ohne Plan, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.2015.
- ¹³ <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/infrastructure/trans-european-networks-energy>
- ¹⁴ www.zeit.de, 12.2.2019.
- ¹⁵ France has replaced Russia as India's new best friend, Hudson Institute, 22.8.2019, <https://www.hudson.org/research/15265-in-modi-era-france-has-replaced-russia-as-india-s-new-best-friend>
- ¹⁶ Japan-Russia pipeline mostly a dream, in: Nikkei Asian Review, 22.8.2017, <https://asia.nikkei.com/Economy/Japan-Russia-gas-pipeline-mostly-a-pipe-dream>
- ¹⁷ <https://www.forbes.com/sites/judeclemente/2019/11/01/china-soaring-past-japan-in-liquefied-natural-gas-imports/>
- ¹⁸ How Japan could go nuclear, in: Foreign affairs, 3.10.2019.
- ¹⁹ MOFA: Three Non-Nuclear Principles, <https://www.mofa.go.jp/policy/un/disarmament/nnp/>
- ²⁰ U.S. Department of State, 2019, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/11/Free-and-Open-Indo-Pacific-4Nov2019.pdf>



Prof. Dr. Klaus Georg Binder

lehrte als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universidad del Norte de Barranquilla und später an der Universidad Nacional de Colombia (jeweils Kolumbien). Seit 2007 ist er für die Hanns-Seidel-Stiftung tätig, derzeit als Projektleiter in Argentinien.

/// Ein bedingt geeignetes Mittel der Klimapolitik

Der Handelsteil des EU-Mercosur-Abkommens

Der momentan heftig umstrittene Handelsteil des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens beinhaltet ein Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen zu Arbeit, Umwelt und Klima. Handelsverträge zielen jedoch in erster Linie darauf ab, Zölle und Handelshemmnisse abzuschaffen, und sind deshalb nur begrenzt dazu geeignet, klimapolitische Forderungen durchzusetzen.

Die Europäische Union und die Mercosur-Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay verkündeten am 28. Juni 2019, am Rande des G20-Gipfels in Osaka, sich bezüglich des Handelsteils des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens grundsätzlich geeinigt zu haben („agreement in principle“). Das Handelsabkommen – wenn es denn tatsächlich zustande kommen sollte – wäre von großer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung. Mit dem Abkommen würde die weltweit größte Freihandelszone mit über 770 Mio. Einwohnern (EU 512 Mio. / Mercosur 260 Mio.) entstehen. Das Abkommen würde klare Zeichen setzen, einerseits gegen protektionistische Tendenzen und andererseits für eine regelgebundene und wertebasierte Ausgestaltung der Handelspolitik. Der Abschluss des Abkommens wäre ein großer Erfolg für die EU, nicht zuletzt mit Blick auf die geopolitische Bedeutung Lateinamerikas, auch im Verhältnis zu China. Die EU wäre der erste wichtige Handelspartner, der ein Handelsabkommen mit dem Mercosur abschließt (Pioniervorteil). Das Abkommen würde es der EU ermöglichen, hohe EU-Standards und Richtwerte in den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zu etablieren.¹

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur wäre von großer strategischer Bedeutung.

Zentrale Inhalte des Handelsteils des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens

Der Import aus der EU soll zu 91 % zollfrei werden.

Der Mercosur wird 91 % seiner Importe aus der EU vollständig zollfrei stellen (teilweise mit Übergangsfristen). Die Mercosur-Länder werden beispielsweise die Zölle auf folgende gewerbliche Waren abschaffen:² Kraftfahrzeuge (derzeit 35 % Zoll), Kraftfahrzeugteile (derzeit 14 bis 18 %), Maschinen (derzeit 14 bis 20 %), Chemikalien (derzeit bis zu 18 %), Bekleidung (derzeit bis zu 35 %), Arzneimittel (derzeit bis zu 14 %), Lederschuhe (derzeit bis zu 35 %), Textilien (derzeit bis zu 35 %), Weine (derzeit 27 %), Schokolade (derzeit 20 %), Whiskey und andere Spirituosen (derzeit 20 bis 35 %), Kekse (derzeit 16 bis 18 %), Pfirsiche in Dosen (derzeit 55 %) und Softdrinks (derzeit 20 bis 35 %). Das Abkommen sieht auch zollfreie Kontingente für EU-Milcherzeugnisse (derzeitiger Zoll 28 %), insbesondere Käse, vor. Laut Schätzungen werden die EU-Unternehmen aufgrund der Liberalisierung 4 Mrd. Euro / Jahr an Zollzahlungen einsparen.

Im Gegenzug wird die EU 92 % ihrer Importe aus dem Mercosur liberalisieren.³ Für den EU-Marktzugang sensibler Produkte des Agrarbereichs sieht das Abkommen Quotenregelungen (mit Übergangsfristen) vor:⁴

- **Rindfleisch:** Im Rahmen des Abkommens wird die EU jährlich 99.000 t Rindfleisch (55 % „frisches“ hochwertiges Rindfleisch und 45 % „gefrorenes“ Rindfleisch) mit einem Zollsatz von 7,5 % für die Einfuhr zulassen. Dies entspricht 1,2 % des gesamten europäischen Rindfleischverbrauchs (8 Mio. t / Jahr). Die EU importiert aktuell jährlich rund 200.000 t Rindfleischteilstücke aus den Mercosur-Ländern.
- **Geflügel:** Derzeit führt die EU jährlich 800.000 t Geflügel ein, mehr als die Hälfte davon aus dem Mercosur. Im Rahmen des Abkommens gewährt die EU zollfreie Einfuhren für ein Kontingent von 180.000 t / Jahr, was 1,2 % des aktuellen jährlichen EU-Konsums entspricht.
- **Schweinefleisch:** Für Schweinefleisch wurde eine Quote von 25.000 t / Jahr mit einem Zollsatz von 83 € / t vereinbart.
- **Zucker:** Brasilien wendet für seine Zuckerausfuhren in die EU bisher ein Zollkontingent an, das im Rahmen der WTO-Liste der EU mit einem Kontingentzollsatz gewährt wurde. Gemäß dem Abkommen dürfen im Rahmen dieses geltenden Kontingents jährlich 180.000 t Zucker zollfrei in die EU eingeführt werden. Für Brasilien wird kein neues Zuckerkontingent geschaffen werden. Ein neues zollfreies Kontingent von 10.000 t / Jahr wurde nur für Paraguay vereinbart. Spezialzucker sind

vom Abkommen ausgenommen. Die vereinbarten Mengen belaufen sich auf 1 % des jährlichen Zuckerverbrauchs in der EU.

- **Ethanol:** Für Ethanol wird ein zollfreies Kontingent von 450.000 t / Jahr zur Verwendung in der chemischen Industrie eröffnet werden. Ein weiteres Kontingent in Höhe von 200.000 t / Jahr mit einem Kontingentzollsatz von einem Drittel des derzeitigen Satzes ist für alle anderen Verwendungsmöglichkeiten (u. a. Biodiesel) vorgesehen.

Der Zugang zu den handelspolitischen Schutzinstrumenten der WTO bleibt unverändert erhalten. Außerdem gibt es eine bilaterale Schutzklausel, die es erlaubt, bei Marktstörungen durch extreme Importsteigerungen zeitweilig zu den WTO-Zöllen zurückzukehren.

Die EU ist einer der größten Erzeuger hochwertiger regionaler Lebensmittel- und Getränkespezialitäten. In der EU werden solche Produkte durch das System der geografischen Angaben geschützt. Damit haben die Verbraucher die Garantie, dass das jeweilige Produkt tatsächlich in der spezifischen Herkunftsregion mit althergebrachtem Wissen und traditionellen Verfahren hergestellt wurde. Dank des Systems der geografischen Angaben können die EU-Hersteller Spitzenpreise für ihre Erzeugnisse erzielen und so ihre Marktposition stärken. Durch das EU-Mercosur-Handelsabkommen werden circa 350 europäische geografische Angaben nun auch vor Nachahmungen in den vier Mercosur-Ländern geschützt. Dies gilt unter anderem für Tiroler Speck (Österreich), Fromage de Herve (Belgien), Münchner Bier (Deutschland), Comté (Frankreich), Prosciutto di Parma (Italien), Polska Wódka (Polen), Queijo S. Jorge (Portugal), Tokaji (Ungarn) und Jabugo (Spanien). Hierbei handelt es sich um die umfangreichste Vereinbarung, die über geografische Angaben im Rahmen eines Handelsabkommens jemals ausgehandelt wurde.⁵

Geografische Angaben wie Münchner Bier werden zukünftig auch im Mercosur-Raum geschützt.

Positiv zu bewerten ist zudem der vereinbarte Anhang über Weine und Spirituosen. Bestimmungen, die über die Zollliberalisierungen hinausgehen, u. a. die Anerkennung von önologischen Verfahren, Zertifizierungs- und Etikettierungsvorschriften werden den Handel maßgeblich erleichtern.⁶

Die EU-Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit bleiben unverändert. Der Abkommenstext wird keine Verpflichtungen enthalten, die dazu führen, dass EU-Vorschriften, etwa in den Bereichen der Produkt- und Lebensmittelsicherheit, geändert werden müssen oder auf Produkte aus den Mercosur-Staaten nicht angewendet werden dürfen. Alle Einfuhren müssen auch in Zukunft den strengen EU-Normen entsprechen. Ebenso wenig steht das Abkommen der Einführung zusätzlicher Anforderungen in diesen Bereichen entgegen.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen werden die Informationen zu Zollformalitäten verbessert.

Das Abkommen bewahrt das „Vorsorgeprinzip“, wodurch sichergestellt wird, dass die EU und die Mercosur-Länder auch in Zukunft u. a. in den Bereichen Umwelt und Arbeit regelnd tätig werden können, selbst wenn sich dies auf den Handel negativ auswirkt, und zwar auch dann, wenn keine eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen.⁷

Kleine und mittlere Unternehmen können es sich aufgrund aufwendiger Zollformalitäten oder kostspieliger Prüf- und Zertifizierungsvorschriften oft nicht leisten, neue Exportmärkte zu erschließen. In vielen Fällen kommt hinzu, dass sie zu wenig über die rechtlichen Anforderungen und Abläufe wissen, die nötig sind, um ihre Produkte auf einem Exportmarkt in den Verkehr bringen zu können. Durch das Abkommen werden sie nun von einer neuen Online-Plattform profitieren, auf der Informationen über Marktanforderungen und Zollvergünstigungen einfach zu finden sind.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur wird es EU-Unternehmen ermöglichen, sich gleichberechtigt mit Unternehmen aus dem Mercosur an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Bisher war dieser Markt für Unternehmen aus der EU nur schwer zugänglich. Die Mercosur-Länder haben Drittstaaten keinen Zugang zu ihren öffentlichen Ausschreibungen gewährt.⁸

Das Nachhaltigkeitskapitel des Handelsteils des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens

Der Freihandelsteil des Abkommens beinhaltet ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen zu Arbeit, Umwelt und Klima. So verpflichten sich die Vertragsparteien u. a.:⁹

- Arbeits- und Umweltstandards nicht zur Förderung von Handel und / oder Investitionen zu senken,
- die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) anzuwenden,
- die im Rahmen multilateraler Umweltübereinkommen eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren.

Im Nachhaltigkeitskapitel ist explizit die effektive Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens verankert. Das Übereinkommen von Paris umfasst beispielsweise:¹⁰

- die Zusage Brasiliens, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2025 gegenüber dem Stand von 2005 um 37 % zu verringern,
- die Zusage, die illegale Abholzung des brasilianischen Amazonasgebiets zu stoppen und bis 2030 eine Fläche von 12 Mio. Hektar wiederaufzuforsten,
- die Zusage der EU, ihre eigenen Emissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu senken.

Somit besteht mit dem Nachhaltigkeitskapitel ein zusätzlicher Hebel, um die Partnerländer und insbesondere Brasilien an das Pariser Klimaschutzübereinkommen zu binden.

Besonders wird darauf geachtet, dass der Handel mit natürlichen Ressourcen wie Erzeugnissen der Forstwirtschaft und der Fischerei sowie wildlebenden Tier- und Pflanzenarten auf Nachhaltigkeitsprinzipien beruht. Der Handel mit illegal gewonnenen Erzeugnissen soll verhindert und der Handel mit Waren, die zum Erhalt der Biodiversität beitragen, gefördert werden.

In der EU ist der Verkauf von illegal geschlagenem Holz verboten. Importeure müssen alle erforderlichen Vorkehrungen treffen (oder die „gebotene Sorgfalt“ walten lassen), um sicherzustellen, dass das von ihnen eingeführte Holz nicht in irgendeiner Weise illegal gewonnen wurde. Dies gilt auch für Holz aus dem Mercosur. Über diese bereits bestehenden EU-Vorschriften hinaus verpflichten sich der Mercosur und die EU auch zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und zur Förderung der Beschaffung von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern.¹¹

Die EU importiert nur legal gewonnenes Holz.

Das Abkommen fördert den Dialog und die Zusammenarbeit der Partner im Kampf gegen die Rodung des Regenwalds. Über die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung, zu deren Zielen sich auch Brasilien und die anderen drei Mercosur-Staaten verpflichtet haben, sollen Mechanismen erarbeitet werden, die dem Klimawandel entgegenwirken. Zudem sieht das Abkommen Kooperationsmechanismen u. a. hinsichtlich Tierschutz, antimikrobieller Resistenzen und verantwortungsvollem Unternehmertum vor sowie die Verpflichtung, nachhaltige Lieferketten unter Einbeziehung der lokalen und indigenen Bevölkerung zu fördern.

Die rechtlich verbindlichen Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels unterliegen einem abgestuften, dialogorientierten Durchsetzungsmechanismus:

- Dieser Mechanismus sieht Regierungskonsultationen vor, im Rahmen derer die Auslegung und Anwendung des Nachhaltigkeitskapitels auf

Antrag einer Partei diskutiert werden können. Falls multilaterale Abkommen Gegenstand der Konsultationen sind, sollen auch Informationen von relevanten multilateralen Institutionen (Internationale Arbeitsorganisation oder Institutionen, die für multilaterale Umwelt- und Klimaabkommen verantwortlich sind) berücksichtigt werden. Ebenso sind Stellungnahmen der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen.

- Für den Fall, dass die Regierungskonsultationen zu keiner für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung führen, kann in einem zweiten Schritt die Einsetzung eines unabhängigen Sachverständigengremiums („panel of experts“) von einer Partei beantragt werden. Das Gremium untersucht den vorliegenden Sachverhalt mit Blick auf die relevanten Regelungen des Nachhaltigkeitskapitels und gibt Empfehlungen zu dessen Lösung. Der entsprechende Bericht des Sachverständigengremiums wird veröffentlicht.
- Die Umsetzung von angemessenen Maßnahmen zur Lösung des Sachverhalts wird von einem von den Vertragsparteien eingerichteten Unterausschuss für Handel und nachhaltige Entwicklung unter Einbindung der Zivilgesellschaft überwacht.

Um die Verwirklichung der Ziele des Nachhaltigkeitskapitels zu verbessern, erörtern die Vertragsparteien dessen wirksame Umsetzung, einschließlich einer etwaigen Überprüfung der Bestimmungen. Der Unterausschuss für Handel und nachhaltige Entwicklung ist dazu berechtigt, Änderungen der einschlägigen Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels zu empfehlen.¹²

Das Nachhaltigkeitskapitel als bedingt geeigneter Hebel für Klimavereinbarungen

Die Entwaldungspolitik Brasiliens steht den Pariser Klimazielen entgegen.

Brasiliens Politik der „In-Wert-Setzung“ der Naturschätze des Amazonas und der vertieften Nutzung der Fläche für Viehwirtschaft und den Anbau von Soja und Zuckerrohr dämpfen die Erwartungen, dass Brasilia die Pariser Klimaziele umsetzen wird.¹³ Vor diesem Hintergrund setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die zusätzlichen Instrumente, die aufgrund des Nachhaltigkeitskapitels zur Verfügung stehen, umfassend und energisch zu nutzen.

Die Bundesregierung betrachtet den Handelsteil des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens als einen wichtigen Kanal, um gemeinsam mit den Mercosur-Staaten nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte sowie fairen und ethisch einwandfreien Handel zu fördern und Lieferketten verantwortungsvoller zu gestalten. Die Gremien und Dialogformate, die mit dem Abkommen

eingesetzt werden, überprüfen die Umsetzung der im Abkommen eingegangenen Verpflichtungen, auch unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Damit wird der Dialog sowohl intensiviert als auch institutionalisiert und die Möglichkeit eröffnet, insbesondere kritische Themen gemeinsam mit den Mercosur-Staaten in den Fokus zu nehmen und konstruktive Lösungen zu erarbeiten.

In einer Stellungnahme an die Europäische Kommission hat die Bundesregierung eine ergebnisoffene Prüfung („modelling exercise“) möglicher Alternativen zur Um- und Durchsetzung von Nachhaltigkeitskapiteln in Handelsabkommen insgesamt (u. a. auch unter Einschluss von Zwangsmaßnahmen) vorgeschlagen.¹⁴ Die Europäische Kommission tritt jedoch nach einem umfassenden Konsultationsverfahren für die Beibehaltung und bessere Nutzung der dialogorientierten Durchsetzungsmechanismen in Nachhaltigkeitskapiteln von Handelsabkommen ein. Sie will zur Verbesserung der Durchsetzung von Nachhaltigkeitsbestimmungen einen 15-Punkte-Aktionsplan umsetzen (u. a. Stärkung der zivilgesellschaftlichen Mitwirkungsrechte und Verbesserung der Transparenz des Beschwerde- / Streitschlichtungsmechanismus), der bei den EU-Mitgliedstaaten auf breite Unterstützung stößt.¹⁵

Deutschland möchte Alternativen zur Durchsetzung von Nachhaltigkeitskapiteln in Handelsabkommen prüfen lassen.

Oft gerät angesichts derartiger Überlegungen aus dem Blick, dass Handelsverträge darauf abzielen, Zölle und Handelshemmnisse abzuschaffen und nur begrenzt dazu geeignet sind, weitreichende umwelt- und klimapolitische Forderungen durchzusetzen.¹⁶

Beim G7-Gipfel in Biarritz Ende August 2019 drohte Frankreich angesichts der Waldbrände im Amazonasbecken und der Politik des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, den Handelspakt zu boykottieren, sollte sich Brasilien nicht zu einem stärkeren Schutz des Waldes bekennen. Auch Irland erklärte, die Prozedur aus diesem Grunde auf Eis legen zu wollen. Das österreichische Parlament stimmte gar – zumindest vorerst – gegen das Abkommen.¹⁷ Im Falle der Länder Frankreich, Irland und Österreich kann allerdings rasch der Eindruck gewonnen werden, dass es ihnen mehr um die Verteidigung der europäischen Landwirtschaft und weniger um die globale Klimapolitik geht.

Der brasilianische Präsidenten Jair Bolsonaro interpretiert das Verhalten der oben genannten europäischen Staaten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes. Er erinnerte – wie schon seine Amtsvorgänger – die internationale Gemeinschaft daran, dass sein Land die Souveränität über den größten Teil des Amazonasbeckens ausübe, auch wenn international immer wieder die Bedeutung des Regenwalds als CO₂-Senke und die damit verbundene globale Verantwortung betont werde. Die internationale Gemeinschaft wird nicht umhinkommen, den Souveränitätsanspruch

Brasiliens anzuerkennen, wenn es um die Nutzung des Amazonas-Regenwalds geht.

Es erscheint fraglich, ob ein Handelsabkommen mit dem Mercosur wirklich das beste Instrument der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist, in der aktuellen Situation Einfluss auf die brasilianische Regierung zu nehmen. Eine Aussetzung des Abkommens würde auch die Interessen Argentiniens, Paraguays und Uruguays am gemeinsamen Handel negativ tangieren. Hier wird rasch deutlich, dass sich ein bi-regionales Abkommen nur schlecht als Mittel eignet, Konflikte mit einem Partnerland erfolgreich auszutragen, ohne die anderen Vertragspartner zu schädigen.

Anreizsysteme wie Umweltfonds sind geeignete Instrumente, um den Tropenwald zu schützen.

Tropenwaldschutz lässt sich durch eine Fülle von Instrumenten effektiver und sinnvoller betreiben als durch Sanktionspolitik und Restriktionen im Freihandel. Gefragt sind Maßnahmen, die der Bewahrung der Biodiversität im Amazonas-Regenwald und der Sicherung des Schutzbietsnetzes förderlich sind. Hierzu bedarf es eines positiven Anreizsystems in Form von Umweltfonds und Finanzierungsinstrumenten, die den Schutz des tropischen Regenwalds für die brasilianische Politik und Gesellschaft attraktiv machen. Tropenwaldschutz wird weder von Brasilien noch von den anderen Ländern der Region zum Nulltarif zu erhalten sein. Die internationale Gemeinschaft wird dafür geeignete Ausgleichsmechanismen anbieten müssen.

Diese Mechanismen gilt es zu aktivieren und zu unterstützen. Das EU-Mercosur-Abkommen ist nur ein weiteres Instrument, das sich nutzen lässt, um den Tropenwald zu schützen. Es geht darum, mit den Ländern der Region zu kooperieren, sie aber nicht durch Handelssanktionen oder gar eine Verweigerung des gesamten Abkommens zu isolieren. Für den Tropenwaldschutz ist Zusammenarbeit auf vielen verschiedenen Ebenen erforderlich. Handelspolitische Konditionalitäten, die nur einen Partner treffen sollen, helfen hier nicht weiter.¹⁸

///

Anmerkungen

- ¹ Vgl. <https://www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/freihandelsabkommen-eu-mercosur-suedbruecke-im-atlantik>, Stand: 10.11.2019; vgl. <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Recht-Zoll/Zoll/freihandelsabkommen,t=das-abkommen-zwischen-eu-und-mercosur-bringt-viele-vorteile-fuer-deutsche-unternehmen,did=2346110.html>, Stand: 10.11.2019.

- ² Vgl. Europäische Kommission: Zentrale Elemente des Handelsabkommens EU-Mercosur, Brüssel 2019.
- ³ Vgl. Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags (19. Wahlperiode): Ausschussdrucksache 19(9)352, 23. September 2019.
- ⁴ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf, Stand: 10.11.2019; vgl. https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/eu-mercotur-faq.html;nn=3714070, Stand: 10.11.2019.
- ⁵ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf, Stand: 10.11.2019.
- ⁶ Vgl. https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/eu-mercotur-faq.html;nn=3714070, Stand: 10.11.2019.
- ⁷ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158000.pdf, Stand: 10.11.2019.
- ⁸ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_157998.pdf, Stand: 10.11.2019.
- ⁹ Vgl. Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags (19. Wahlperiode): Ausschussdrucksache 19(9)352, 23. September 2019; vgl. https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/eu-mercotur-faq.html;nn=3714070, Stand: 10.11.2019.
- ¹⁰ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_157998.pdf, Stand: 10.11.2019.
- ¹¹ Vgl. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158000.pdf, Stand: 10.11.2019.
- ¹² Vgl. Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags (19. Wahlperiode): Ausschussdrucksache 19(9)352, 23. September 2019.
- ¹³ Vgl. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019A51/>, Stand: 10.11.2019.
- ¹⁴ Vgl. Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags (19. Wahlperiode): Ausschussdrucksache 19(9)352, 23. September 2019.
- ¹⁵ Vgl. https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/eu-mercotur-faq.html;nn=3714070, Stand: 10.11.2019.
- ¹⁶ Vgl. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019A51/>, Stand: 10.11.2019.
- ¹⁷ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/eu-mercotur-abkommen-oesterreich-parlament>, Stand: 10.11.2019.
- ¹⁸ Vgl. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019A51/>, Stand: 10.11.2019.



Dr. Axel Neubert

ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler mit Schwerpunkt für Transformationsökonomien. Seit 2010 ist er Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Vietnam. Zudem ist er seit 2015 Mitglied des Steering Committee des Asia-Europe Environmental Forums.

/// Eine Investition in die Zukunft

Vietnam setzt mit der EU auf Freihandel

Vietnam stemmt sich mit der Mitgliedschaft in Freihandelsabkommen gegen weltweit zunehmende protektionistische Tendenzen. Nach der Ratifizierung des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens wird das Land mit mehr als 50 Staaten der Welt wirtschaftlich eng verbunden sein. Während die monetären Vorteile für Vietnam auf der Hand liegen, verwundert auf den ersten Blick das Interesse Europas an dem wirtschaftlich noch wenig bedeutenden Land.

Das Abkommen gilt als Beispiel einer neuen Generation von Freihandelsabkommen, die die EU insbesondere in den neuen Wachstumsregionen anstrebt. Diese legen nicht nur Wert auf reine Handelsinteressen, sondern auch auf Nachhaltigkeit wie den Schutz von Arbeitnehmerrechten oder Umwelt- und Klimaschutz.

Freier Handel schiebt die vietnamesische Wirtschaft an

Vietnams rasanter wirtschaftlicher Aufstieg begann im Jahr 1986. Mit der Einführung der sogenannten Doi-Moi Reformen kehrte das vom Krieg geplagte Land der Planwirtschaft den Rücken zu. Eine pragmatische Erneuerungspolitik, die im kommunistischen System eine freie Marktwirtschaft zuließ, ließ die Wirtschaft seitdem durchschnittlich 7 bis 8 % pro Jahr wachsen.

Vietnams Wirtschaft wächst seit 1986 kontinuierlich.

Das früher arme Entwicklungsland gehört damit heute zu den am schnellsten wachsenden Märkten in der Region und der Welt. Trotz des Aufschwungs gehört Vietnam mit 2.740 USD Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aber immer noch zu den kleineren Volkswirtschaften der Welt.¹

Die Regierung verfolgt erfolgreich ein exportorientiertes Wachstumsmodell. Seit den 1990er-Jahren beteiligt sich Vietnam daher aktiv am Aufbau von internationalem Handel: zuerst durch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), später auch durch bilaterale und multilaterale Handelsverträge.

Bereits jetzt ist Vietnam mit 24 Staaten durch aktive Handelsabkommen verbunden – nach der Ratifizierung des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens (EVFTA) kommen noch einmal 28 neue Verbindungen hinzu.² Damit zählt das Land, gerade auch im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Bedeutung, zu einer der offensten Volkswirtschaften der Welt.

Sowohl die Politik als auch die Bevölkerung profitieren vom Freihandelsabkommen.

Die Vorteile des Freihandels liegen für Vietnam auf der Hand. Export ist ein wesentlicher Treiber der vietnamesischen Wirtschaft. Das Handelsabkommen soll vor allem dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Wachstum langfristig zu sichern.³ Das Land erhält Zutritt zu einem potenziellen Markt von über 500 Millionen Europäern und erhofft sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Nationen.⁴ In Vietnam löst das Freihandelsabkommen daher nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei einem breiten Teil der Bevölkerung nationalen Stolz aus und wird kaum kritisch hinterfragt.

Der wichtigste Aspekt des Abkommens ist der Abbau von Handelsbarrieren. Innerhalb von 7 Jahren sollen 99 % der Zölle wegfallen.⁵ Bereits mit dem Inkrafttreten des Abkommens fallen 65 % der Zölle auf EU-Export und 71 % der EU-Importe weg. Damit gilt das Freihandelsabkommen als das ehrgeizigste, das die EU jemals mit einem Entwicklungsland abgeschlossen hat.⁶

Mit 42 Mrd. USD Exportvolumen ist die EU nach der Volksrepublik China und etwa gleichauf mit den USA zweitgrößter Partner Vietnams.⁷ Die vietnamesische Regierung erwartet, dass sich durch das Abkommen der Anteil von Exporten in die EU bis 2020 um 20 % und bis 2030 um 45 % steigern wird.⁸ Damit möchte das Land auch seine Abhängigkeit vom bisher größten Handelspartner China reduzieren.

Direkter wirtschaftlicher Nutzen für die EU bleibt überschaubar

Auch der EU bringt das Abkommen mit Vietnam wirtschaftliche Chancen. Das asiatische Land verfügt über eine stark wachsende und konsumfreudige Mittelschicht und eröffnet einen Marktzugang zu über 90 Millionen Menschen. Für europäische Unternehmen ist besonders der Dienstleistungssektor, z. B. für Finanzdienstleistung, interessant. Auch gibt ihnen das Abkommen erstmals die Möglichkeit an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen.⁹

Vietnam garantiert der EU ein hohes Maß an Rechtssicherheit, z. B. bezüglich des Schutzes von geistigem Eigentum.¹⁰ Dieser Punkt war und ist in der Region nach wie vor nicht selbstverständlich und verdeutlicht die Zugeständnisse Vietnams. Trotzdem bleibt der direkte wirtschaftliche Nutzen für die EU überschaubar. Das Handelsvolumen ist – verglichen mit anderen Handelspartnern – nach wie vor relativ gering. Nur 1,6 % der Exporte der EU gehen nach Vietnam, umgekehrt stammen nur 1,5 % der importierten Waren der EU aus Vietnam.¹¹ Damit steht das Land nur an 20. Stelle der wichtigsten Handelspartner der EU.¹²

Deutschland ist innerhalb der EU bereits jetzt Vietnams größter Handelspartner und wird weiterhin besonders profitieren. In den letzten Jahren verzeichnete der Handel zwischen den beiden Ländern bereits ein deutliches Wachstum: Seit 2001 stieg der Exporthandel von Deutschland nach Vietnam um fast 130 % und der Import um 145 %.¹³ Im Jahr 2018 betrug der gesamte Export- und Importumsatz 14 Milliarden Euro, was einen neuen Rekord in den Handelsbeziehungen darstellt.¹⁴

Deutschland ist für Vietnam ein wichtiger Handelspartner.

In den nächsten Jahren wird von der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) ein weiterer deutlicher Anstieg erwartet.¹⁵ Dafür soll allen voran der vollständige Zollabbau bei wichtigen deutschen Exportprodukten nach Vietnam, wie Maschinen und chemischen Erzeugnissen, sorgen. Trotz der Steigerung der letzten Jahre und der positiven Aussichten gehen derzeit nur 1,3 % des deutschen Exportes nach Vietnam.¹⁶ Warum also schließt die EU ein Freihandelsabkommen mit einem Entwicklungsland ab, das nur über einen relativ geringen ökonomischen Einfluss verfügt?

Die EU setzt mit dem Abkommen ein Zeichen für einen regelbasierten Handel und gegen wachsenden Protektionismus in der Region.¹⁷ Auch hat die Entscheidung der EU strategische Gründe. Innerhalb der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) ist Vietnam nach Singapur erst das zweite Land, mit dem die EU eine solche Verbindung eingeht. Dass in der Region bilaterale Abkommen bevorzugt werden, liegt auch an den schwierigen Ent-

scheidungsfindungsprozessen aufgrund der kulturellen und politischen Vielfalt in der ASEAN. Damit soll das Abkommen auch als Vorlage für weitere Abkommen mit Ländern der Region dienen.¹⁸

Dass dies mit Vietnam zu einem frühen Zeitpunkt passiert, ist kein Zufall. Vietnam gilt als eines der ASEAN-Länder, die am meisten vom Freihandel profitieren und für Europa wächst die Bedeutung Südostasiens als Handelspartner. Auch war die EU im Vergleich zu anderen Wirtschaftsmächten bei jungen aufstrebenden Volkswirtschaften oft zu zögerlich und hat sich damit aussichtsreiche Verhandlungsoptionen verbaut. Zudem gilt es ein Gegengewicht zu anderen Wirtschaftsnationen zu schaffen. So ist China mit der ASEAN-Region bereits bestens wirtschaftlich verbunden.

Freihandel und Menschenrechte

Die öffentliche Wahrnehmung an dem Abkommen mit Vietnam war gering.

In Deutschland und in der EU ist die Verhandlung über das Freihandelsabkommen weitgehend unbeachtet geblieben. Dass die öffentliche Wahrnehmung nur gering war, lag sicherlich vor allem an der geringen wirtschaftlichen Bedeutung. Kritik am Abkommen kam vor allem aufgrund der Menschenrechtssituation in Vietnam. Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass grundlegende politische Rechte wie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf friedliche öffentliche Versammlungen eingeschränkt sind.¹⁹

Diese Kritik ist durchaus berechtigt. Laut Amnesty International befinden sich 128 politische Aktivisten in vietnamesischer Haft.²⁰ Human Rights Watch kritisiert unter anderem willkürliche Haftstrafen und gewaltsames Vorgehen gegen Aktivisten sowie religiöse Gruppen.²¹ Allein im Jahr 2018 sollen 67 Menschen unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit inhaftiert worden sein.²² Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2019 von Reporter ohne Grenzen nimmt Vietnam Platz 176 von insgesamt 180 Plätzen ein.²³ Auch einige EU-Abgeordnete haben sich der Kritik angeschlossen. Sie kritisieren u. a., dass eine menschenrechtliche Folgenabschätzung nicht in das Vietnam-Abkommen einfließt.²⁴

In den Verhandlungen war es jedoch für die EU entscheidend, dass Vietnam sehr ehrgeizige Regeln und hohe Standards akzeptiert hat. Zwar enthält das Abkommen keine separate Menschenrechtsklausel, allerdings wird das Thema im Kapitel zu Nachhaltigkeit deutlich adressiert. So kann das Freihandelsabkommen durchaus auch als Druckmittel für die Verbesserung der Menschenrechte in Vietnam genutzt werden.²⁵

Ein neuer Fokus der EU-Freihandelsabkommen liegt auf Nachhaltigkeit

Das Freihandelsabkommen mit Vietnam enthält ein relativ neues Instrument der EU, das sogenannte Nachhaltigkeitskapitel. Freihandelsverträge könnten sich dadurch zu einem effektiven Mittel entwickeln, um Rahmenbedingungen für fairen Handel zu schaffen und die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten. So verpflichten sich beide Seiten u. a. zur effektiven Implementierung internationaler Arbeits- und Umweltstandards.

Im Gegenzug für wirtschaftliche Vorteile verpflichtet sich Vietnam durch die Ratifizierung des Abkommens zur Einhaltung internationaler Richtlinien und Konventionen. Eine der wohl wichtigsten Konventionen stellen dabei die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) dar. Mit deren Anerkennung garantiert Vietnam internationale, menschenwürdige Arbeitsstandards. Auf diese Weise sollen Lohn-Dumping und eine Abwärtsspirale bei den Beschäftigungsbedingungen verhindert werden.

Zu den ILO-Kernkonventionen gehören aber auch Versammlungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen, die Abschaffung aller Formen von Zwangs- und Kinderarbeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung in Bezug auf Beschäftigung und Beruf.²⁶ Letzteres wurde bereits im Juni 2019 vollständig ratifiziert – der Rest soll mit der Ratifizierung des Abkommens folgen.²⁷ Es handelt sich dabei um durchaus sensible Themen für Vietnam. Ohne die Aussicht auf das Freihandelsabkommen wären diese vermutlich nicht so schnell erfolgreich angenommen worden.

Auch Umwelt- und Klimastandards werden durch das Abkommen geregelt. Das Nachhaltigkeitskapitel unterstreicht Vietnams wichtige multilaterale Verantwortung, etwa durch das Pariser Klimaabkommen oder die Agenda 2030.²⁸

Das Abkommen schafft die Voraussetzung zur Beseitigung von Diskriminierungen.

Fazit

Die EU schließt ein bilaterales Freihandelsabkommen mit einer aufstrebenden, aber im globalen Kontext keineswegs bedeutenden Wirtschaftsnation. Das Abkommen wird zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Entwicklung Vietnams geschlossen. Es ist damit vor allem eine Wette auf die Zukunft.

Das bilaterale Abkommen ist erst das Zweite mit einem südostasiatischen Land. Es soll ein Zeichen gegen zunehmenden Protektionismus setzen und gilt als Blaupause für die Länder der aufstrebenden ASEAN-Region. Im Gegenzug zum freien Marktzugang nach Europa hat Vietnam hohe Auflagen akzeptiert, u. a. beim Schutz von geistigem Eigentum.

Mit dem Nachhaltigkeitskapitel im Vertrag werden Grundwerte der EU implementiert.

Das Freihandelsabkommen kann einer neuen Generation von Handelsabkommen zugeordnet werden. Mit einem speziellen Nachhaltigkeitskapitel implementiert die EU ein relativ neues Instrument. Es ist der Versuch, europäische Vorstellungen von Freihandel zu globalisieren, und kann dazu beitragen, dass elementare Grundwerte der EU international eingeführt und respektiert werden.

///

Anmerkungen

- 1 Vietnam. Zukunft durch Handel, hrsg. von der Außenhandelskammer (AHK), Vietnam 2019, https://vietnam.ahk.de/fileadmin/AHK_Vietnam/Infothek/Publikationen__Download/AHK_Booklet_2019-2_webversion.pdf.
- 2 Schmitz-Bauerdick, Frauke: Vietnam hält die Freihandelsfahne hoch, in: German Trade & Invest, 4.2.2019.
- 3 European Commission: Main Benefits: Opportunities to increase trade and support jobs and growth, 2018, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/october/tradoc_157444.pdf.
- 4 European Chamber of Commerce in Vietnam: The EU-Vietnam Free Trade Agreement: Perspectives from Vietnam, EVFTA Report 2018, https://www.eurochamvn.org/sites/default/files/uploads/180724_tax%20update/The%20EVFTA%202018%20Report.pdf.
- 5 Delegation of the European Union to Vietnam: Guide to the EU-Vietnam Trade and Investment Agreements, March 2019, https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eu_fta_guide_final.pdf.
- 6 Europäische Kommission: EU-Vietnam-Handelsabkommen stehen vor ihrer Unterzeichnung, 25.6.2019, https://ec.europa.eu/germany/news/20190625-eu-vietnam-handelsabkommen-stehen-vor-unterzeichnung_de, Stand: 30.10.2019.
- 7 Vietnam. Zukunft durch Handel.
- 8 What's to gain from EU-Vietnam Trade Agreement, in: Explainer, July 2019, <https://en.nhandan.org.vn/evfta/>, Stand: 29.10.2019.
- 9 European Commission: Main Benefits: Opportunities to increase trade and support jobs and growth.
- 10 European Chamber of Commerce in Vietnam: The EU-Vietnam Free Trade Agreement: Perspectives from Vietnam, EVFTA Report 2018.
- 11 European Commission: DG Trade Statistical, Guide July 2019, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/may/tradoc_151348.pdf.

- ¹² Handel um jeden Preis? Report über die Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), Mexiko, Japan, Vietnam und Indonesien, foodwatch-Report 2018, https://www.foodwatch.org/uploads/media/2018-02_foodwatch-powershift-Report_Handel-um-jeden-Preis_de_01.pdf.
- ¹³ Vietnam. Zukunft durch Handel.
- ¹⁴ EU schließt Freihandelsabkommen mit Vietnam, in: Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/eu-schließt-freihandelsabkommen-mit-vietnam/a-49419781>, Stand: 17.10.2019.
- ¹⁵ Ebd.
- ¹⁶ Wirtschaftsdaten kompakt, in: German Trade and Invest (GTAI), Vietnam 2019, https://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/MKT/2016/12/mkt201612072002_159780_wirtschaftsdaten-kompakt---vietnam.pdf?v=8.
- ¹⁷ EU schließt Freihandelsabkommen mit Vietnam.
- ¹⁸ EVFTA and EVIPA signed for a new era trade and investment, in: Vietnam Investment Review, 30.6.2019, <https://www.vir.com.vn/evfta-and-evipa-signed-for-new-era-trade-and-investment-68940.html>, Stand: 29.10.2019.
- ¹⁹ Amnesty International: Vietnam 2017, 2018, <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/viet-nam/report-viet-nam/>, Stand: 29.10.2019.
- ²⁰ Amnesty International: Vietnam: Surge in number of prisoners of conscience. New research show, 13.5.2019, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/05/vietnam-surge-number-prisoners-conscience-new-research-shows/>, Stand 17.10.2019.
- ²¹ Human Rights Watch: Vietnam, World Report 2019, <https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/vietnam>, Stand: 29.10.2019.
- ²² Bündnis 90 / Die Grünen: Kein Deal mit Vietnam in dieser Form, Pressemitteilung vom 30.6.2019, <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/kein-deal-mit-vietnam-in-dieser-form>, Stand: 29.10.19.
- ²³ Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2019, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2019/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf.
- ²⁴ Handel um jeden Preis?, foodwatch-Report 2018.
- ²⁵ Bringt EVFTA Vietnam mehr Menschenrechte?, Thoi Bao Vietnamese Newspaper, 30.5.2019, <https://thoibao.de/bringt-evfta-vietnam-mehr-menschenrechte>, Stand: 29.10.2019.
- ²⁶ EU-Vietnam Free Trade Agreement: Chapter 13: Trade and Sustainable Development, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc_157373.pdf.
- ²⁷ International Labour Organization: ILO welcomes Viet Nam's vote to ratify ILO fundamental convention on collective bargaining, 14.6.2019, https://www.ilo.org/hanoi/Informationresources/Publicinformation/newsitems/WCMS_710542/lang-en/index.htm, Stand: 30.10.2019.
- ²⁸ EU-Vietnam Free Trade Agreement: Chapter 13: Trade and Sustainable Development.

„Die EU fühlt sich dem Gedanken eines freien und fairen Welthandels verpflichtet.“



Interview mit Markus Ferber
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Markus Ferber, MdEP
Markus Ferber ist Koordinator im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament und dort Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand. Seit 2005 ist er Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben und seit dem 1. Januar 2020 Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.





Alle Mitgliedsländer haben der Europäischen Union das Mandat übertragen, Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern zu schließen. Solange Deutschland in der EU ist, kann es keine Handelsverträge mit anderen Ländern abschließen. Gerade in der momentanen Situation, in der Handelspolitik der Demonstration von Macht unterliegt, ist es ein unbestrittener Vorteil für jedes einzelne Mitgliedsland, dass es durch dieses Mandat mit der Stimme einer rund 500 Millionen starken Gemeinschaft sprechen kann.

Ein exportorientiertes Land wie Deutschland braucht offene Märkte und profitiert entsprechend von dieser gemeinschaftlichen Lösung. Wie immer in Partnerschaften bedeutet das nicht, dass alle Interessen aller Beteiligten völlig befriedigt werden. Nach der intensiven Diskussion vor allem in Deutschland um das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen, kurz TTIP, war eine große Sensibilität entstanden, Standards, Normen und Werte des eigenen Landes nicht den ökonomischen Prinzipien unterzuordnen. Heute kommt mit sehr großer öffentlicher Aufmerksamkeit das Thema Klimaschutz mit auf die Agenda. Nachhaltigkeit wird auch bei den Handelsabkommen eingefordert. Da sind Meinungsverschiedenheiten, manchmal sogar Konflikte, unausweichlich.

Trotzdem hat die EU seit dem Scheitern von TTIP neue Handelsabkommen abgeschlossen, teilweise sind sie schon in Kraft. Manche beinhalten explizit Nachhaltigkeitskapitel (Mercosur und Vietnam) bzw. Zusagen, das Pariser Klimaabkommen mitzutragen (Japan). Das sind spannende Entwicklungen, die neue Vorstellungen von Handel und internationaler Zusammenarbeit aufzeigen.

Wir haben ein Interview mit dem Europaabgeordneten Markus Ferber geführt, um grundlegende und aktuelle Positionen der EU aus erster Hand zu erfahren.



CLAUDIA SCHLEMBACH: Herr Ferber, am 17. Juli 2018 wurde das Japanisch-Europäische Freihandelsabkommen in Tokio von beiden Parteien unterzeichnet. Die Verhandlungen zu dem Abkommen mit den Mercosur-Ländern sind abgeschlossen und die EU hat mit Vietnam ein Abkommen unterzeichnet. Wenn wir jetzt noch CETA dazu nehmen, präsentiert die EU ein interessantes globales Netzwerk mit ganz unterschiedlichen Akteuren. Steckt dahinter ein Plan?

■ **MARKUS FERBER:** Die Europäische Union fühlt sich grundsätzlich dem Gedanken eines freien und fairen Welthandels und des Multilateralismus verpflichtet. Angesichts der Tatsache, dass es auf Ebene der Welthandelsorganisation schon seit Jahren keinen nennenswerten Fortschritt dabei gibt, diese Ziele auf globaler Ebene voranzutreiben, sind bilaterale Freihandelsabkommen die nächstbeste Alternative. Mithilfe dieser Abkommen gelingt es der Europäischen Union auch, die Globalisierung nach europäischen Vorstellungen zu gestalten.

Geostrategische Überlegungen sind Handelsabkommen oft implizit. Immer mehr aber wird Handel zum politischen Instrument, mit dem auf ganz andere Bereiche abgezielt wird. Donald Trump knüpft Sicherheit und Technologieführerschaft an freien Warenaustausch und droht Europa. Welche Position nimmt die Kommission an dieser Stelle ein? Wie geht sie mit diesem Politikverständnis um und welche Möglichkeiten hat sie, ihre Position zu verteidigen?

■ In den USA haben wir in den vergangenen Jahren in der Tat gewissermaßen eine 180-Grad-Wende in der Außenhandelspolitik erlebt – von einer freihandelsfreundlichen Grundhaltung hin zu einer extrem interessengeleiteten Handelspolitik. Aus europäischer Sicht haben wir auf diese neue Herausforderung derzeit noch keine abschließende und überzeugende Antwort gefunden. Wir haben zwar grundsätzlich auch Handelsschutzinstrumente zur Verfügung, die aber zu dieser Art Herausforderung schlecht passen. Gerade bei der sehr aggressiven US-Politik besteht auch immer die Gefahr, quasi versehentlich in einen Handelskrieg abzudriften. Als Europäer müssen wir eine grundsätzliche Debatte darüber führen, welche Rolle wir in einer immer komplexeren Welt einnehmen wollen, welche Instrumente wir dazu nutzen wollen und ob und inwiefern Handelspolitik dazu beitragen kann.



Freihandelsabkommen werden kritisch gesehen, weil damit letztlich der freie Handel eingeschränkt und die Stellung der World Trade Organisation (WTO), der Welthandelsorganisation, geschwächt wird. Die WTO steht für ein regelbasiertes, multilaterales Handelssystem. Wie lässt sich dieser tatsächliche oder vermeintliche Widerspruch zusammenbringen?

■ In der Tat wäre eine Lösung auf Ebene der Welthandelsorganisation vorzuziehen. Wir müssen aber auch sehen, dass die einschlägigen Verhandlungen auf Ebene der WTO schon vor geraumer Zeit ins Stocken geraten sind. Bilaterale Handelsabkommen sind vor diesem Hintergrund die nächstbeste Lösung und die Europäische Union achtet auch darauf, dass die von der Europäischen Union ausgehandelten Abkommen grundsätzlich mit den Prinzipien der Welthandelsorganisation vereinbar sind. Insofern sehe ich hier keinen grundsätzlichen Widerspruch. Das gilt umso mehr, als sich die Europäische Union parallel darum bemüht, den WTO-Prozess wieder in Gang zu bekommen.

Das Abkommen zwischen EU und Japan sieht einen offenen Wirtschaftsraum vor, der 600 Mio. Menschen und 40 % des globalen Handels erfasst. Japan und Europa hielten bereits davor gute Wirtschaftsbeziehungen. Mercosur und EU bilden ebenfalls einen imposanten neuen Markt, auch hier gab es bereits im Vorfeld Handel. Was bringt jetzt dann dieses Abkommen? Wie wird dieser freie Handel konkret hierbei aussehen?

■ Man kann sich ein solches Abkommen vorstellen wie eine wechselseitige Marktöffnung. Das hat dann noch nicht die Qualität, wie wir sie im europäischen Binnenmarkt genießen, aber wir werden zunächst die Zölle, also die tarifären Handelshemmnisse, abbauen. Bis heute belaufen sich die Zollzahlungen für EU-Exporte nach Japan auf rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Die Einsparungen werden selbstverständlich auch den Verbrauchern zu Gute kommen. Aber es geht auch um den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Hier geht es etwa um Begrenzungen, die nicht immer unmittelbar als Handelshemmnis erkennbar sind: Sicherheitsvorschriften, gesundheitliche und umweltbedingte Standards, aber auch Diskriminierungen bei der Zollabwicklung. All das bedeutet Kosten, die in der Konsequenz häufig von den Bürgern zu tragen sind und die durch ein solches Abkommen obsolet werden. Diese Mechanismen greifen auch beim Abkommen mit Mercosur.



Das Präferenzabkommen mit Japan ist eines der ersten Abkommen der EU, in dem alle Parteien ihre Verpflichtung für die effektive Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens bekräftigen. In den Abkommen mit Mercosur und Vietnam gibt es jeweils sog. Nachhaltigkeitskapitel, in denen neben den ökonomischen auch die ökologischen und sozialen Aspekte des Handels explizit berücksichtigt werden. Sind das die Zeichen einer neuen, ganzheitlichen Vorstellung internationaler Zusammenarbeit im Handel?

■ Das Thema Nachhaltigkeit hat in den vergangenen Jahren zu Recht an Bedeutung gewonnen. Auf europäischer Ebene spiegelt sich das zum Beispiel in ausgesprochen ambitionierten Klimazielen, die sogar noch über die internationalen Verpflichtungen hinausgehen. Aber es ist natürlich auch klar, dass sich der Klimawandel nicht allein durch europäisches Engagement bekämpfen lassen wird. Wenn wir globale Probleme lösen wollen, brauchen wir dazu internationale Zusammenarbeit. Intelligent designte Freihandelsabkommen, die beispielsweise Nachhaltigkeitskapitel enthalten, können dabei ein Teil der Lösung sein. Das gilt umso mehr für den Handel mit Regionen, die bislang deutlich weniger strikte Klima- und Umweltschutzstandards haben als wir Europäer.

Umwelt und vor allem Klima sind aktuell Themen mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit. Präsident Macron hat kurz nach Abschluss der Mercosur-Verhandlungen signalisiert, dass er das Abkommen mit Mercosur nicht unterschreiben werde, solange der Regenwald brennt. Die eine Stimme von Europa war hier nicht erkennbar. Welchen Handlungsspielraum hat die EU in Situationen, in denen viele Interessen zusammenlaufen und nicht alle sich an der Sache orientieren?

■ Diese Äußerungen habe ich als sehr unglücklich empfunden. Inzwischen haben wir ähnliche Äußerungen seitens der neuen österreichischen Regierung gehört. Die Mitgliedstaaten müssen sich aber schon grundsätzlich die Frage gefallen lassen, ob es nicht die Glaubwürdigkeit der EU massiv beschädigt, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission erst ein Verhandlungsmandat erteilen und über Jahre hinweg verhandeln lassen, um das Ergebnis dann in letzter Minute in Frage zu stellen. Hier sind viele Mitgliedstaaten nicht ganz ehrlich und ich kann vor einer solchen Haltung nur warnen. Am Ende geht es hier nämlich um langfristige Weichenstellungen, die für Europas Rolle in der Welt ganz entscheidend sind. Kurzfristige politische Erwägungen, wie man am besten die gerade vorherrschende politische Stimmung im Heimatland bedienen kann, sollten da also entsprechend keine Rolle spielen.



Natürlich beinhalten Handelsabkommen immer auch Kompromisse, an denen die Kritiker andocken. Die japanische Haltung zum Walfang ist ein solcher Punkt, immerhin ist Japan aus der Internationalen Walfangkommission (IWC) ausgetreten. Und auch in Sachen Arbeitssicherheit haben wir doch sehr unterschiedliche Vorstellungen.

■ Das Abkommen mit Japan enthält keine gesonderten Regeln zum Walfang. Das ist bereits in anderen Abkommen umfassend geregelt. Sowohl der Walfang als auch die Einfuhr von Walfleisch sind in der EU verboten. Das wird auch so bleiben. Wenn Japan sich in dieser Frage den europäischen Ländern Island und Norwegen anschließt und auf eine lange Geschichte verweisen kann, in der Walfang teilweise das einzige Mittel war, um die Bevölkerung zu ernähren, kann das kein Ausschlusskriterium für ein Freihandelsabkommen sein.

Tatsächlich hat Japan bislang zwei grundlegende Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) noch nicht ratifiziert. Dabei geht es um die Abschaffung der Zwangsarbeit und um die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Aber de facto ist es so, dass die Parteien vereinbart haben, die ILO-Kernarbeitsnormen zu achten, zu fördern und zu verwirklichen. Dazu gehört das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit, das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Das heißt zum einen, dass sich Japan verpflichtet, den materiellen Regelungsgehalt aller ILO-Übereinkommen zu beachten. Das ist ein Schritt in eine gute Richtung. Wir sollten nicht vergessen, dass kulturelle Unterschiede manchmal befremdlich wirken, aber das gilt eben für alle Seiten. Annäherung braucht Zeit.



Vietnam. Ein kleines, aufstrebendes Land, wirtschaftlich betrachtet eher unbedeutend für die EU. Die libertäre Idee, dass Menschen, die Handel treiben, keine Kriege führen, dass mit den wachsenden Beziehungen Raum entsteht für Demokratisierungsprozesse, scheint Hauptmotor für das Zustandekommen. Hält die EU an dieser Idee fest, obwohl sie durch das Wachstum und Auftreten Chinas auf den Weltmärkten bei weiterhin bestehenden staatskapitalistischen Strukturen erschüttert wird? Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in diesem sog. „Systemwettbewerb“?

■ Wir haben uns lange von der Grundvermutung leiten lassen, dass die wirtschaftliche Öffnung in Drittstaaten quasi zwangsläufig auch zu einer politischen Öffnung und damit zu Demokratisierungsprozessen führen wird. Diese Entwicklung ist aus empirischer Sicht auch nach wie vor der häufigste Fall. Mit dem Aufstieg Chinas gibt es nun aber auch ein Gegenmodell, das ein nach wie vor autoritäres Regime mit relativer wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlichem Erfolg verbindet. Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass das europäische Modell, das auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft fußt, attraktiver ist und für viele Entwicklungsländer eine geeignete Blaupause darstellt. Für dieses Modell müssen wir als Europäer aber natürlich auch international eintreten – und zwar gemeinsam.

Sie halten es also für wichtig, dass die europäischen Länder ihre Verhandlungsmandate in Sachen Handelsabkommen an die EU abgegeben haben?

■ Absolut. Handel hat natürlich immer auch eine geostrategische Auswirkung. Und in diesem Sinne ist es wichtig, dass wir uns einer Entwicklung entgegenstellen, die auf eine bipolare Weltstruktur hinausläuft. Die wird heißen: USA gegen China. Ein Land wie Deutschland, mag es wirtschaftlich noch so gut dastehen, wird dabei nur eine marginale Rolle spielen können. Europa ist auch für die beiden großen Mächte ein ernst zu nehmender Faktor. Ein Faktor, der für Werte steht, die derzeit erodieren: Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung. Wir haben uns lange auf den Partner Amerika verlassen. Diese Rechnung geht zumindest im Moment nicht auf. Das haben viele Staaten erkannt, die ähnliche Wertstrukturen haben wie wir in Europa. Japan gehört dazu, wenn auch nicht vollständig. Wir sollten weiter daran arbeiten, Partner zu finden, die sich mit uns verbünden im Kampf um Demokratie, Freiheit, internationale Organisationen. Dafür brauchen wir aber auch ein starkes Europa.



In der Quintessenz geht also tatsächlich um den Erhalt einer liberalen, regelbasierten Weltordnung, die ein starkes Europa braucht?

■ Ja, die europäische Wirtschaft – und das gilt für die deutsche Volkswirtschaft umso mehr – ist sehr stark vom Export abhängig. Damit unser Wirtschaftsmodell florieren kann, braucht es eine offene und regelbasierte Weltordnung. Deswegen haben wir als Europäer ein starkes Eigeninteresse, uns für ein solches System einzubringen. Die neue Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat angekündigt, dass sie eine „geopolitische Kommission“ sein will. Das ist angesichts der Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, der richtige Ansatz. Es darf aber nicht bei schönen Überschriften bleiben. Die Europäische Kommission muss die kommenden Jahre gut nutzen, um einen ganzheitlichen geopolitischen Ansatz zu entwickeln, der natürlich auch handelspolitische Instrumente umfassen muss.

///

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie –
Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung
für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-573-1
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

